

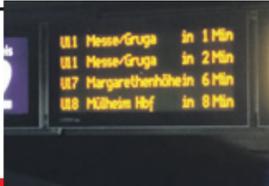
ESSENER MORGEN

Solidarisch – parteilich – links

Mein schönstes EVAG-Erlebnis

„Kettenreaktion im Schienennetz“

Seite 3



Wer Arbeit will, bekommt sie auch?

JobCenter:
Das Eigentor gewinnt

Seite 4



Gehört der Wirtschaft die Stadt?

Das Recht auf die Stadt zurückerobern

Seite 6



NATO-Kriegskonferenz zum zweiten Mal in Essen

Öffentlichkeit bleibt im Dunkeln

Seite 9

Nahverkehr ausbauen statt kaputtkürzen!

Acht Millionen **mehr** müssen drin sein!



Keine betriebsbedingten Kündigungen

Die LINKE. Essen wendet sich gegen den Abbau von bis zu 1.000 Arbeitsplätzen bei der STEAG und kritisiert die Informationspolitik des kommunalen Energiekonzerns. Es sei ein Unding, dass die gewählten Vertreterinnen und Vertreter der Eigentümer von einem so massiven Arbeitsplatzabbau eines kommunalen Unternehmens aus der Zeitung erfahren müssen. Dies sei „mehr als nur ein schlechter Stil“.

Die Ratsfraktionen der Partei DIE LINKE. in den beteiligten Städten setzen sich für Transparenz und demokratische Mitwirkungsmöglichkeiten ein, insbesondere mit der Forderung nach einem kommunalen Beirat.

Akten-Schlaperei aus Personalnot?

Die LINKE. Essen hofft, dass die „erheblichen Mängel“, die das Rechnungsprüfungsamt der städtischen Immobilienverwaltung nachgewiesen hat, ein Ausnahmefall ist und nicht nur die Spitze des Eisbergs.

Personalmangel darf keine Ausrede für Misswirtschaft sein. Allerdings kann eine Verwaltung, die auf Verschleiß gefahren wird, ihre Aufgaben für die Bürgerinnen und Bürger nur unzureichend wahrnehmen.

DIE LINKE meint: Eine Verwaltung darf nicht nur für ruhige Zeiten ausgerichtet sein, sondern muss auch Reserven bereithalten, wenn es stürmisch wird. Deshalb braucht Essen eine Debatte über die Personalausstattung.

Videoüberwachung ist Aktionismus

Die Ratsfraktion DIE LINKE. Essen lehnt die Pläne von Oberbürgermeister Thomas Kufen für eine Videoüberwachung im Grugabad als puren Aktionismus ab. Sexuelle Übergriffe müssen verfolgt und geahndet werden.

Dazu ist aber eine Videoüberwachung nicht der richtige Weg, weil damit nur eine Scheinsicherheit vorgegaukelt wird. Außerdem wäre es ein Verstoß gegen den Datenschutz, weil Tausende unbescholtener Bürgerinnen und Bürger ausgerechnet in einem Freibad gefilmt werden würden. DIE LINKE ist für Einstellung von mehr Personal.

In der Ratssitzung Ende September wird über die Zukunft des öffentlichen Nahverkehrs (ÖPNV) entschieden. Das Angebot von Bussen und Bahnen wird alle paar Jahre in einem Nahverkehrsplan festgelegt, eine Art „politischer Bestellzettel“ der Stadt für die EVAG. Zur Entscheidung steht, ob der Nahverkehr ausgebaut, im gleichen Umfang wie zurzeit aufrecht erhalten oder zusammengestrichen wird.

Von Wolfgang Freye

Die drei Varianten haben Verkehrsexperten in den letzten Monaten in einem Gutachten untersucht und Vorschläge entwickelt.

Letztlich geht es ums Geld.

Rund 65 Millionen Euro jährlich erhält die Essener Verkehrs AG von der Stadt als Zuschuss für den Betrieb. Anders als die Fahrpreise, die in regelmäßig erhöht werden, ist dieser Zuschuss seit Jahren gleich. Trotzdem will Stadtkämmerer Klieve (CDU) die Zuschüsse kürzen, um das Haushaltsdefizit zu verringern.

Aus diesem Grund hat das Gutachten als Variante A mit dem schamhaften Namen „Konzentration“ untersucht, was passiert, wenn man die Leistungen des ÖPNV auf ein Mindestmaß reduziert. Und das heißt: Kürzung auf das allernotwendigste Angebot für diejenigen, die aus finanziellen Gründen kein Auto haben und auf den ÖPNV angewiesen sind – ein „Nahverkehr für Arme“. Sie müssten noch geringere Taktzeiten, weniger Buslinien und eine schlechtere Qualität hinnehmen. Dies führte aber auch zu Fahrgastverlusten und damit zu erheblichen Einnahmeausfällen. Unter dem Strich könnte die Stadt nicht mehr als 3,5 Millionen Euro jährlich kürzen, ganze fünf Prozent des Zuschusses. Auf der anderen Seite wür-

den die umweltpolitischen Ziele, die die Stadt zuletzt in der Bewerbung zur „Grünen Hauptstadt“ formuliert hat, verfehlt. Danach soll der ÖPNV 2020 einen Anteil von 21 Prozent am gesamten Verkehrsaufkommen erreichen. Würde der Nahverkehr gekürzt, würde dieser Anteil von heute 19,6 Prozent auf 18,4 Prozent sinken. Weil dies blamabel wäre, hat sich auch die große Koalition von CDU und SPD dagegen ausgesprochen.

Auch die Variante B „Kontinuität“ sieht einen geringfügigen Ausbau des ÖPNV in Essen vor. So sollen die Taktzeiten der oft übervollen Straßenbahnen in Nord-Süd-Richtung verdichtet werden. Mit der neuen Linienführung von Steele oberirdisch am Hauptbahnhof vorbei in den Essener Westen („Bahnhofstangente“) würde auch erheblich investiert werden.

Der Spurbus nach Kray als Hauptverbindung

in den Osten soll tagsüber im Fünf-Minuten-Takt fahren. Gleichzeitig sollen Buslinien gestrichen oder ausgedünnt werden, wobei insbesondere die Einstellung der Linie 166 zwischen Kray und dem Essener Osten und der Linie 193 zum Versorgungsamt an der Semmannstrasse problematisch sind – für Schwerbehinderte



Wolfgang Freye vertritt DIE LINKE im Planungsausschuss der Stadt Essen

müssten Alternativen geschaffen werden.

Eine nennenswerte Verbesserung des Anteils der Fahrten mit dem ÖPNV am Verkehrsaufkommen und das Erreichen der klimapoli-

tischen Ziele ist nur mit Variante C, dem „Kapazitätsausbau“, zu erreichen. Hier wird nicht nur die „Bahnhofstangente“ gebaut, sondern das Angebot insgesamt verbessert. Dadurch würde der An-

teil des ÖPNV am Verkehrsaufkommen auf 21,6 Prozent steigen.

DIE LINKE hat sich festgelegt: Sie will den Ausbau des Angebots, weil die Verkehrsprobleme der Stadt sonst nicht zu bewältigen sind. Wer die Staus auf den Straßen beklagt und die gesundheits-

Die Bevölkerung einbeziehen

schädlichen Belastungen mit Feinstaub, Stickoxiden und Lärm verringern will, muss für Alternativen eintreten.

Die Haushaltsplanung lässt durchaus Spielraum für den Ausbau des ÖPNV. Insgesamt würde die Variante B eine geringfügige Erhöhung der Zuschüsse um 1,3 Millionen Euro jährlich erfordern, die Variante C um 9,5 Millionen Euro. Für die Differenz von 8,2 Millionen Euro müsste der Kämmerer kreativ werden, das sollte möglich sein.

Die Bürgerinnen und Bürger haben ein wachsendes Interesse am Öffentlichen Nahverkehr. Sie beklagen vor allem die mangelnden Taktzeiten an Sonn- und Feiertagen und an Werktagen vor 6 Uhr und nach 20 Uhr, die mit einer Großstadt nichts zu tun haben. Viele würden die EVAG gerne stärker nutzen, gäbe es denn das Angebot. DIE LINKE fordert, die Bevölkerung in die weiteren Planungen einzubeziehen.

3.10.: Kein NATO-Kriegsrat in Essen!

Wieder lädt die Kalkerer NATO-Einrichtung „Joint Air Power Competence Centre“ (siehe www.japcc.org) hohe Militärs, Politiker und Rüstungsindustrielle zu einer Kriegskonferenz nach Essen ein. Vom 4. bis zum 6. Oktober 2016 beraten die NATO-Kräfte in der Messe Essen konkrete Fragen der Kriegsführung.

Gegen diesen Nato-Kriegsrat hat sich in Essen ein breites Bündnis gegründet, das am 3.10. eine Friedenskundgebung durchführen wird.



Mit dabei sind folgende Redner*innen:

Sevim Dagdelen, Eugen Drewermann, Florian Kling, Bernhard Trautvetter, Willi Hoffmeister.

Und außerdem an Kultur und Musik:

Kai Degenhardt, Frank Baier, René Rebell aus Essen, Morgain, Tjorben,

Sebastian Gisi – Folkwang Künstler-Duo, Microphone Mafia
Nähere Informationen gibt es im Internet unter: www.no-natom-krieg.de und: www.demo-kalkar.de

Friedenskundgebung in Essen:
3. Oktober 2016 ab 15.00 Uhr, Willy-Brandt-Platz



Kommentar zum Stadtgeschehen

Essen – Skandalhauptstadt Europas?

von Ralf Fischer

Unsere schöne Stadt im Herzen des Ruhrgebiets strebt von jeher nach Höherem. Dass dabei auch unlautere Mittel zum Einsatz kommen, wen sollte das wundern?

Da war der Fall Petra Hinz mit „nur“ einem gefälschten Lebenslauf ohne weitere Folgen nicht mehr als eine Fliege auf dem großen Haufen. Da war die Vorteilsnahme durch Ex-Geschäftsführer und Ex-Betriebsräte der Entsorgungsbetriebe durch Fußballkarten, Gehaltserhöhungen und Dienstwagen geradezu „harmlos“ und einfach aufzuklären.

Verwickelter war das Stadion, das Dank des Kursverfalls der gleichnamigen Aktien nun „RWE-Stadion“ heißt. Der Fußballverein wurde saniert, die Altschulden und die laufenden Kosten hängen bei der Stadt, eingestielt durch den früheren CDU-Stadtdirektor Christian Hülsmann. Leider offenbar nicht widerrechtlich.

Erinnern wir vor allem an die nicht aufgeklärten Skandale, bevor sie in Vergessenheit geraten: An die milden Gaben für den gewissenlosen SPD-Ratsherrn Hoppensack, deren eigentlicher Zweck immer noch unklar ist. An einen verschwundenen Vertrag mit Roland Berger über nicht näher bestimmte Leistungen, nach dem augenscheinlich keiner mehr sucht.

Erinnern wir vor allem an einen SPD-Ratsherrn namens Arndt Gabriel. Der kauft sich in eine Firma ein und dreht es so, dass er nicht gleich im Handelsregister erscheint. Die Firma erwirbt ein Grundstück, für das das Geld eigentlich nicht

da war, wo also im Hintergrund noch wer anders mitfinanziert und später abkassiert. Eben dieses Gebäude dient er der Stadt zur Miete als Flüchtlingsunterkunft an, die in höchster Not dankbar zugreift, um in wenigen Jahren ein Mehrfaches des Kaufpreises an Gabriels Firma zu zahlen... Die Stadt als Geldsack, der nach Kräften gemolken wird.

Noch so ein Ding hatte das Zeug zum Skandal, wenn auch ohne finanziellen Vorteil: NRW-Justizminister Thomas Kutschatry trieb ein Verfahren gegen den Sozialrichter Jan-Robert von Renesse auf die Spitze. Renesse hatte angemessene Entschädigungen für Opfer der NS-Zwangsarbeit bewirkt, indem er das Gettoerengesetz zu Gunsten der Opfer und zu Lasten der Staatskasse großzügig auslegte. Indem der Richter Gesetz und Rechtsprechung öffentlich kritisierte, habe er „das Ansehen der Justiz beschädigt“ und sollte 5.000 Euro Strafe zahlen. Nach erheblichen Druck der Öffentlichkeit machte Kutschatry kurz vor dem Prozessstermin Mitte September den fälligen Rückzieher und stellte das Verfahren ein. Leider, wie ich bemerken darf, ist seine Rente – im Unterschied zur Rente der NS-Geschädigten – gesichert.

Und nicht nur der neue SPD-Chef ging beschädigt ins neue Amt. Auch CDU-Oberbürgermeister Kufen hat seine erste kleine Peinlichkeit zu überstehen: den großzügigen Honorarvertrag zur „Grünen Hauptstadt“ für einen ehemaligen Wahlkampfmitarbeiter.

Essen, die Skandalhauptstadt? Mitnichten! Nur der ganz normale Sumpf...



Ralf Fischer ist Mitglied im Kreisvorstand DIE LINKE. Essen

Menschenwürdige Unterbringung bleibt Daueraufgabe

Essen fehlt Konzept zur Integration

Immer weniger Menschen schaffen den Weg aus Krieg, Not und Elend in die EU und nach Deutschland, weil die EU ihre Außengrenzen bis an die Zähne bewaffnet abschottet. Auch nach Essen kommen deshalb weniger Geflüchtete als noch vor einigen Monaten.

Von Gabriele Giesecke

Aber immer noch leben rund 4.200 Menschen in Übergangsheimen und in Behelfsunterkünften. Fast 2.000 Menschen müssen weiterhin in den „Zeltstädten“ hausen. Mit dem laufenden Bau neuer Übergangsheime sollen die lagerähnlichen Zeltstädte und die Behelfsunterkünfte bis Mitte 2017 aufgelöst werden.

Der Stadtrat wird Ende September darüber beschließen, einige der geplanten neuen Übergangsheime nicht zu bauen, da sie nicht gebraucht werden. Einmal wegen der geringeren Zahl der Zuzüge, zum anderen weil endlich die Vermittlung von Wohnungen für Geflüchtete deutlich verbessert wurde. So konnten allein von Juni bis September etwas über 1.000 Menschen Wohnungen beziehen. Für die effektive Hilfe bei der Wohnungssuche hat sich DIE LINKE von Anfang als beste, weil menschenwürdigste Wohnraumversorgung stark gemacht.

Trotzdem sieht die Fraktion DIE LINKE den Verzicht auf rd. 2.000 neue Plätze in Übergangsheimen durchaus kritisch. Die Stadt sollte Vorsorge treffen und menschenwürdige Unterbringungsmöglichkeiten vorhalten für den Fall, dass die Zahl der Geflüchteten wieder steigt. Angesichts des fortwährenden Bürgerkrieges in Syrien und der brutalen Verfolgung der kurdischen Bevölkerung durch das Erdoğan-Regime fliehen nach wie vor Menschen aus dieser Region. Zehn Prozent „Reserve“ halten wir für zu gering. Vor allem aber sollte die Stadt die Atempause nutzen, um die neuen Übergangsheime zu verbessern. Zum ersten sollten an den einzelnen Standorten nicht



Die geplanten Standorte Im Fatloh, Wallneyer Straße, Lahnbeckestraße, Spielkampsweg, Pläßweidenweg, Handwerkerpark, Mathias-Stinnes-Stadion und Nöggerathstraße werden voraussichtlich wegfallen. Damit wären einige auch aus Landschaftsschutzgründen sehr umstrittene Flächen nicht mehr zur Bebauung vorgesehen. DIE LINKE setzt sich weiter dafür ein, dass die Stadt mit dem Hundesportverein an der Nöggerathstraße einen sicheren Pachtvertrag abschließt.

mehr als 200 Menschen un- tergebracht werden, damit die Integration in den Stadtteil besser gelingen kann. Darüber hinaus fordert DIE LINKE, die Übergangsheime so zu bauen, dass sie an den Standard von Sozialwohnungen heranreichen. Dazu ist es z.B. erforderlich die Grundrisse so zu ändern, dass abgeschlossene Wohneinheiten mit eigenen Küchen und Bädern entstehen. Jetzt sind Gemeinschaftsduschen/WC's und Gemeinschaftsküchen vorgesehen. So könnten die Übergangsheime auf absehbare Zeit – nicht nur von Geflüchteten – als Wohnungen genutzt werden und würden die jetzt schon vorhandene Konkurrenz um bezahlbaren Wohnraum mildern.



Gabriele Giesecke ist Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE. im Rat der Stadt Essen

Immerhin fehlen nach offiziellen Angaben in den nächsten Jahren mindestens 16.000 Wohnungen in Essen. Dass die Stadt an dem jetzt geplanten schlechteren Standard der Übergangsheime festhalten will, ist nicht nur dem fehlenden

Geld geschuldet. DIE LINKE fordert seit langem ein alle Bereiche umfassendes zukunftsfähiges Konzept, wie die Integration in Essen gelingen kann. Bisher hapert es ja selbst an der Möglichkeit, die deutsche Sprache schnell zu erlernen – die Wartelisten auf einen Integrationskurs sind immer noch lang. Es fehlen Schul- und Kita-Plätze – nicht nur für die Kinder der Geflüchteten, sondern für alle. Rechte Rattenfänger, wie der ehemalige Sozialdemokrat Guido Reil jetzt für die AfD, versuchen aus der Situation Kapital zu schlagen und wollen die unterschiedlichen Gruppen gegeneinander ausspielen. Bezieher von Hartz 4 gegen Geflüchtete – da sagen wir nein! Wir wollen eine soziale und solidarische Stadtentwicklung für alle Menschen. Hier muss die Stadtverwaltung endlich liefern.

Rats-Splitter

Teilhabe-Karte verbessern

Die Ratsfraktion DIE LINKE, die jahrelang dicke Bretter für die Einführung eines Sozialpasses gebohrt hat, setzt sich für eine größere Verbreitung der Teilhabe-Karte ein, wie der Sozialpass jetzt heißt. Deshalb ist es gut, dass der „Arbeitskreis sozialpolitische Themen“ im Seniorenbeirat beantragt hat, die Teilhabekarte mit allen notwendigen Informationen durch das Sozialamt zusammen mit dem jährlichen Grundsicherungsbescheid automatisch an alle berechtigten Senior*innen zu verschicken.

100 Fahrradstraßen sind notwendig

DIE LINKE. Essen begrüßt die Forderung des Allgemeinen Deutschen Fahrrad-Clubs (ADFC) Essen, der Mobilitäts-Werkstadt, des Verkehrsclub Deutschland (VCD) und der Grünen nach 100 neuen Fahrradstraßen in Essen. Demnach sollen die 37 aktuell bestehenden Fahrradstraßen im Jahr 2017 auf 100 aufgestockt werden. In einer Fahrradstraße sind Radfahrende und Autos praktisch gleichberechtigt. Das ist sinnvoll, um die Alltagsnutzung zu verbessern. Kritik hat DIE LINKE daran, dass die Fahrrad- und Verkehrsverbände nur mit den Grünen und nicht auch mit den anderen Parteien über ihre Vorschläge reden.

Verkaufsoffene Sonntage sind Auslaufmodell

Die Ratsfraktion DIE LINKE. Essen begrüßt es, dass die Stadtverwaltung jetzt strengere Maßstäbe bei der Genehmigung von verkaufsoffenen Sonntagen ansetzen will, denn diese sind schon längst überfällig. Das Bundesverwaltungsgericht hat in einem Urteil vom November letzten Jahres die hohen gesetzlichen Hürden für verkaufsoffene Sonntage bestätigt. Das Ladenöffnungsgesetz NRW lässt keinen Raum für Pseudoanlässe, die sich der Einzelhandel selber schafft. Letztlich geht es nicht um Schikanen gegen den Einzelhandel, sondern um Schutzregelungen für die Beschäftigten im Einzelhandel, die ohnehin durch prekäre Arbeitsverhältnisse unter Druck stehen.



Illustration: Saskia Strötgen

Masterplan Sport muss neu geschrieben werden!

Nachdem wir das Bürgerbegehren gegen den „Masterplan Sport“ 2007 verloren hatten, begann das befürchtete Bad-, Sportanlagen-, und Turnhallensterben. Mit dem Argument, Essen sei eine „schrumpfende Stadt“, in der immer weniger Kinder geboren würden, begründete damals die CDU mit ihrem Oberbürgermeister Reiniger das Sportstättensterben. Heute wissen wir: Die damaligen Prognosen waren falsch.



Herbert Bußfeld vertritt DIE LINKE als sachkundiger Bürger im Sportausschuss

und Turnhallen muss ein Ende haben. Der Etat der Sport- und Bäderbetriebe darf nicht weiter gekürzt werden. Dem Kämmerer Klieve und dem Rat der Stadt müssen wir ihre Fehleinschätzungen vorhalten und eine Erhöhung des Sportetats fordern.

In einer Großstadt für Kinder sollten den Sportvereinen für ihre Kinder- und Jugendarbeit ordentliche Sportstätten und eine größere finanzielle Unterstützung zur Verfügung gestellt werden. Ein neuer Masterplan Sport muss her, der die aktuellen Einwohnerzahlen und Flüchtlinge berücksichtigt.

Herbert Bußfeld

Essen ist eine wachsende Stadt. Es werden mehr Kinder geboren. Der Kahlschlag von Sportstätten, Bädern

Wohnsitzauflage abschaffen!

Über 2.500 geflüchtete Menschen sind in Essen davon bedroht, in andere Bundesländer zurückgeschoben zu werden.

Sie sind seit dem 1. Januar 2016 aus anderen Bundesländern in Essen zugezogen, weil sie hier Verwandte oder Freunde haben oder weil sie sich bessere Lebenschancen ausrechnen als auf dem „platten Land“ irgendwo in Sachsen oder Bayern. Die sogenannte „Wohnsitzauflage“ des Anfang August in Kraft getretenen neuen Integrationsgesetzes gilt rückwirkend zum 1. Januar 2016. Anerkannte Geflüchtete unterliegen der Wohnsitzauflage für drei Jahre.

DIE LINKE hat dieses Gesetz als verfassungswidrig im Bundestag abgelehnt und befindet sich dabei in guter Gesellschaft: Wohlfahrtsverbände, Pro Asyl und sogar der Bundesrat haben die rückwirkende Wohnsitzauflage scharf kritisiert.

Aktuell wendet die Stadt Essen das Gesetz nicht in seiner vollen Härte an. Trotzdem hängt das Damoklesschwert „Rückführung“ über den betroffenen Geflüchteten. Sozialdezernent Renzel ist ein Befürworter der Wohnsitzauflage. Er möchte sie nicht nur zwischen den Bundesländern angewendet wissen, sondern auch innerhalb von NRW. Die rot-grüne

Landesregierung hat einen entsprechenden Erlass angekündigt.

Die Wohnsitzauflage ist integrationsfeindlich. Menschen, die Asyl in Deutschland erhalten haben, sollen ihren Wohnsitz frei wählen können, um sich dort anzusiedeln, wo sie für sich die besten Chancen sehen. Ein Antrag der LINKEN im Stadtrat mit dem Ziel, über mögliche Härtefallatbestände zumindest die rückwirkende Umsetzung der Wohnsitzauflage zu verhindern, wurde vom Rat in den Sozialausschuss verwiesen. Wir bleiben am Ball.

Gabriele Giesecke

Impressum: Essener Morgen – Solidarisch, parteilich, links

wird herausgegeben vom Kreisverband DIE LINKE. Essen in Kooperation mit der Ratsfraktion DIE LINKE. Essen und dem Bürger*innenbüro Niema Movassat (MiB); Redaktion: Ralf Fischer (Kreisverband, v.i.S.d.P.), Thorsten Jannoff (Ratsfraktion); Seite „Aus dem Bundestag“: Niema Movassat (v.i.S.d.P.).

Satz und Layout: Steinmann, Feldhaus & Partner GmbH, Otmarstr. 5, 45131 Essen; Druck: Nordost-Druck GmbH & Co. KG, Flurstr. 2, 17034 Neubrandenburg; Auflage: 5.000 Stück.

Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Auffassungen von Redaktion und Herausgeber wieder.

Kontakt: Redaktion „Essener Morgen“, Heinz-Renner-Haus, Severinstr. 1, 45127 Essen, Telefon: 0201/8602904, Fax: 0201/8602906, E-Mail: essenermorgen@dielinke-essen.de.

Es gilt Anzeigenpreisliste Nr. 2 vom 1. Oktober 2012. Die nächste Ausgabe erscheint Anfang Dezember, Redaktionsschluss: 15. November 2016.

Mein „schönstes“ EVAG-Erlebnis

„Kettenreaktion im Schienennetz“

Wir baten in früheren Ausgaben unsere Leserinnen und Leser, ihre Erfahrungen aus dem prallen Leben einzusenden. Hier ein wohl typischer Briefwechsel unseres Lesers Ludger Neuhaus mitsamt Antworten des Verkehrsbetriebes, leicht redigiert und gekürzt. Eine Antwort auf das letzte Schreiben ist nicht bekannt.

13. Mai 2016
Neuhaus an EVAG

Ich benutze seit fast 10 Jahren die U11/17 zwischen Essen HBF und Altenessen-Mitte. In letzter Zeit nehmen die Unregelmäßigkeiten ständig zu. Jeden Nachmittag sehe ich das Info-Band laufen mit den Hinweisen: „Wegen Störungen auf der U17 oder U18 kommt es zu Verspätungen“ oder: „Wegen großen Verkehrsaufkommens kommt es zu Verspätungen“.

Entweder kommen innerhalb von 6 Minuten schon mal zwei- drei Bahnen hintereinander, oder man wartet schon mal über 10 Minuten auf die Bahn. Was für mich bedeutet, dass ich die S-Bahn nach Dortmund verpasse.

Gestern hatte ich Pech und erwischte die zweite Phase. Die Bahn sollte in 12 Minuten kommen. Der Bahnsteig schon gut gefüllt. Nach acht Minuten wurde plötzlich eine Bahn eingeschoben. Diese war natürlich sehr gut gefüllt. Ein- und Aussteigen verzögerte sich entsprechend. Pausen wurden zwischen den Haltestellen eingelegt. Die Chancen, meine S-Bahn Richtung Dortmund zu erreichen, wurden immer geringer.

An der Haltestelle Limbecker Platz angekommen wurden wir angewiesen, ohne Angaben von Gründen, aus-



zusteigen. Mit Verspätung unterwegs und dann doch nicht zum Ziel gekommen. Die folgende Bahn war dann so voll, dass ein Einsteigen nicht möglich war. Ich habe mich erneut bei Ihrer Beschwerdestelle gemeldet. Dort wurde ich abgewiesen, dass dies nur Einzelfälle sind. Leider ist es nicht so.

6. Juli 2016
Neuhaus an EVAG
Bis heute habe ich keine

Antwort auf meine E-Mail erhalten. Heute Morgen (6.55 h) war am Essener Hbf z.B. innerhalb von 20 Minuten keine U11 Richtung Gelsenkirchen angekündigt. Die U11 fährt ursprünglich im 10 Minuten-Takt. Leider gab es auch keine Durchsagen, warum das so ist.

8. Juni 2016
EVAG an Neuhaus
Zunächst einmal bitte ich um Entschuldigung, dass auf

Ihre Mails bislang noch nicht reagiert wurde. Ihr Anliegen ist an unsere Fachabteilung weitergeleitet worden mit der Bitte um Stellungnahme zu den von Ihnen geschilderten Vorfällen. Sobald uns Informationen hierzu vorliegen, werden wir selbstverständlich wieder auf Sie zukommen.

22. Juli 2016
EVAG an Neuhaus
Nachdem nun die Informationen aus dem Fachbereich vorliegen, kann ich Ihnen nachfolgende Stellungnahme weitergeben:

Wir verstehen Ihre Verärgerung über die ständigen Verspätungen und Störungen auf den Linien U11/U17. In der letzten Zeit kam es sowohl auf der U17 als auch auf der U11 und U18 vermehrt zu Verspätungen. Diese Verspä-

tungen haben dann in Folge zu Verzögerungen auf den anderen Linien geführt, da diese am Hauptbahnhof alle über dasselbe Gleis fahren müssen.

Insgesamt haben viele Ursachen zu einer Kettenreaktion im Schienennetz geführt (daher auch die Wartezeiten im Tunnel), die jede für sich noch beherrschbar bzw. sofort zu identifizieren gewesen wäre. (...)

Gerne liefern wir Ihnen an dieser Stelle noch die Begründung für die extremen Ausfälle am 12.05.2016. Aufgrund einer Stellwerksstörung am Hauptbahnhof Essen kam es zu Störungen im gesamten unterirdischen Essener Netz. In Ihrem Fall mit der Folge, dass Sie nicht mehr die Möglichkeit hatten, Ihre S-Bahn zu erreichen.

Die U11 – erst kommt sie gar nicht, aber wenn sie dann kommt, kommt sie verdammt oft: jede Minute (Achtung: Foto ist kein Fake!)

Daher entschuldigen wir uns nochmals in aller Form bei Ihnen für diese Vorfälle.

22. Juli 2016
Neuhaus an EVAG
Danke für Ihre ausführliche Antwort. Dass es zu Störungen kommt, sehe ich ja fast jeden Tag durch die Anzeigen auf dem Bahnhof. Wichtiger wäre es zu wissen, wie diese Fehlerquote abgestellt werden soll.

Das schaffen doch andere Verkehrsbetriebe auch. Ich sehe immer wieder, dass teilweise 3 Bahnen innerhalb von wenigen Minuten hintereinander fahren. Dass es dann zu Lücken und Verspätungen im Fahrplan kommt, liegt ja förmlich auf der Hand. Und das Argument mit dem erhöhten Verkehrsaufkommen kann ich auch nicht nachvollziehen. (...)

Schritt in die richtige Richtung

DIE LINKE. Essen begrüßt im Grundsatz die geplante Fusion zwischen der Essener Verkehrs AG (EVAG) und der Mülheimer Verkehrsgesellschaft (MVG), die zum 1. Januar 2017 erfolgen soll. Das ist ein Schritt in die richtige Richtung, wenn auch nur ein kleiner Zwischenschritt zur dringend notwendigen einheitlichen Verkehrsgesellschaft für das ganze Ruhrgebiet. Allerdings dürfen bei der Fusion zwischen EVAG und MVG nicht die Rechte der Beschäftigten auf der Strecke bleiben. Darauf wird DIE LINKE achten.

STEAG vernichtet 1.000 Arbeitsplätze

Nicht mit uns!

Von Daniel Kerekeš

Wie die STEAG GmbH verkündete, plant sie bis zu 1.000 Mitarbeiter*innen zu entlassen. Dies wäre etwa jede sechste Stelle im Unternehmen bzw. fast jede dritte Stelle der STEAG in Deutschland. Vor allem NRW und das Saarland wären betroffen. Laut Firmenaussagen sollen einige Kraftwerke vom Netz gehen und Betriebsbedingte Kündigungen verhindert werden. Aber reicht das?

Der Kohleriese hat den Anschluss an die erneuerbaren Energien verpasst und betreibt nur eine kleine Ökosparte. Viel zu lang setzte

man unter dem Dach der STEAG auf Kohle, und das Unternehmen versucht jetzt offenbar, die Notbremse zu ziehen. Gleichzeitig wird vermeldet, dass STEAG ab 2020 erneut Dividenden ausschütten könnte. Hat die Vernichtung von bis zu 1.000 Arbeitsplätzen also etwas mit den Kassen der klammen Kommunen zu tun?

Das Unternehmen ist in „kommunaler“ Hand. Es gehört der Dortmunder Energie- und Wasserversorgung, der Energieversorgung Oberhausen sowie den Stadtwerken Dortmund, Bochum, Essen, Dinslaken und Duisburg (Stadtwerke-Konsortium Rhein-Ruhr). Es ist längst an der Zeit, dass die Städte auf

den rascheren Ausbau der erneuerbaren Energien drängen und gleichzeitig Jobgarantien aussprechen. Doch scheinbar ist das politisch nicht gewollt. Natürlich gab es in den Stadträten der Ruhrgebietsstädte Anträge für den Ausbau der Erneuerbaren in der STEAG. Diese wurden stellenweise auch durchgewunken, z.B. mit Stimmen von Rot-rot-Grün, aber Anträge alleine ändern nichts. Im Gegenteil: Wenn kein betrieblicher oder zivilgesellschaftlicher Druck da ist, der die Stadtoberen dazu zwingt, die richtige Entscheidung zu treffen, bleibt alles beim Alten.

Ob sich die (Ober-) Bürgermeister Sören Link, Ulrich Sierau, Thomas Eiskirch, Dr.



Daniel Kerekeš ist Mitglied im Kreisvorstand DIE LINKE. Essen

Michael Heidinger (alle SPD), Daniel Schranz und Thomas Kufen (beide CDU) dazu durchdringen, mit den jeweiligen Ratsmehrheiten etwas zu unternehmen? Oder in den Aufsichtsräten? Ist wohl nicht zu erwarten.

Jetzt ist die richtige Zeit, für den Ausbau der Erneuerbaren unter dem Dach der STEAG zu streiten und gleichzeitig die 1.000 Jobs zu retten. Stellenstreichungen – nicht mit uns!

Schneller. Dichter. Nulltarif. Der Nahverkehr der Zukunft

Am 6. September lud DIE LINKE. Essen zu einer öffentlichen Veranstaltung ins ChorForum ein. Anlass war die anstehende Entscheidung der Stadt Essen für den neuen Nahverkehrsplan. Dieser war damit erstmals in Essen überhaupt Gegenstand einer öffentlichen Debatte.

Zunächst informierte Wolfgang Freye (DIE LINKE) über die Ergebnisse des Nahverkehrs-Gutachtens (s. Seite 1 dieser Zeitung). Danach skizzierte Ulrich Jansen (Wuppertal, Institut für Klima, Technik, Energie), Lothar Ebberts (Fahrgastverband Pro Bahn) und Jürgen Eichel (Verkehrsclub Deutschland) die Positionen ihrer Einrichtungen bzw. Verbände. Konsens bestand darin, dass ein gut ausgebaute ÖPNV notwendig ist, um eine gute Mobilität für alle Menschen in Essen zu erreichen. Stefan Hochstadt (Verkehrsexperte im Landtag NRW) schloss die von Kreisvorstandsmitglied Andrea Terlisten moderierte Veranstaltung

mit einem Beitrag „Über den Nahverkehrsplan hinaus. Die Zukunft der Mobilität“ ab. Dafür orientierte er sich eng am „Plan B: Nulltarif im öffentlichen Nahverkehr. Eine Offensive für sozialökologische Mobilität und Lebensqualität“ der Bundestagsfraktion DIE LINKE.

In der Debatte gab es eine klare Ausrichtung auf Variante C, den „Kapazitätsausbau“. Tatsächlich müsste für eine zukunftsfähige Mobilität viel mehr getan werden. Variante C ist vor dem Hintergrund der gesellschaftlichen Aufgaben sozusagen nur eine Mindestanforderung. Allen Mitdiskutierenden war klar, dass es guten ÖPNV in Essen nicht von allein gibt. Guter ÖPNV kostet Geld, das an anderer Stelle nicht ausgegeben werden kann. Entsprechend bestehen Interessenkonflikte, die es schwierig machen, politische Mehrheiten zu organisieren. Wenn Essen aber nicht nur auf dem Papier die „Grüne Hauptstadt“ sein will, dann ist ein sehr viel besserer ÖPNV unverzichtbar. Stefan Hochstadt

Wer Arbeit will, bekommt sie auch?

JobCenter: Das Eigentor gewinnt

Man muss die Dinge immer von beiden Seiten betrachten. Jede Kritik sollte, wenn möglich, mit einem Lob für gute Leistungen verbunden sein. Daher möchte ich – pünktlich zum Ende der Sommerpause – die Erfüllung zweier Aufgabenfelder der Essener Obrigkeit, genannt: Verwaltung, beleuchten und vergleichen.

Von Rechtsanwalt Carsten Dams

Da wäre zum einen die Parkraumbewirtschaftung, sprich: Knöllchen. Ohne die wäre, wenn auch nicht das Abendland, so doch sicher die Essener Stadtkasse mittlerweile ganz untergegangen. Diese Aufgabe erfüllt Essen exzellent. Ich vermute – wenn auch ohne Beleg – bundesweit mit am effektivsten. Etwa mit einem der ausgefeilten, fachlich versierten „Bescheide“ der Stadt, die uns von „automatisierten Verfahren“ künden und uns ausdrücklich von Nachfragen abhalten. Phänomenal, nicht wahr? Erst jahrzehntelange Ausbildung und intime Kenntnisse der verwaltungstechnischen Abläufe machen ein solches Stück große Literatur überhaupt möglich. Chapeau! Ebenfalls eine Aufgabe der



Der Autor ist Rechtsanwalt und Fachanwalt für Sozialrecht.

Stadt, wenn auch gegenüber Ersterem sicher nachrangig, wäre die Vermittlung von Arbeitsuchenden aus dem Rechtskreis SGB II – auch Hartz4-Berechtigte genannt – in auskömmliche Arbeit. Da ich auf diesem Gebiet quasi „befangen“ bin, möchte ich mir ungern vorwerfen lassen, Tatsachen falsch darzustellen. Darum lassen wir doch erst einmal die Fakten sprechen. In diesem Falle solche aus der amtlichen Vermittlungsstatistik für März 2016. Wie hoch ist die Vermittlungsquote in Essen? Wie hat sich Essen im Vergleich zu anderen JobCentern geschlagen? Zuerst der Vergleich mit anderen zugelassenen kommunalen Trägern, den sogenannten „Optionskommunen“. Dies sind Städte, die sich allein – ohne die Bundesagentur für Arbeit – um die Vermittlung kümmern. Deutschlandweit lag im März die Vermittlungsquote bei 20 Prozent, also eine*r von fünf

Hartz4-Berechtigten bekam einen Job vermittelt. Einzelne Städte lagen darüber, z.B. Mönchengladbach oder Unna. Selbst das von hoher Erwerbslosigkeit gebeutelte Bremerhaven lag mit einer Vermittlungsquote von 21,3 satt über dem Bundesdurchschnitt. Und nun raten Sie mal, wo Essen gelandet ist. Na klar, wir haben es geahnt: auf dem 20., dem letzten Platz mit nur 16,8 Prozent noch hinter Gelsenkirchen, Oberhausen und Wuppertal! Upps. Na, ja. Essen ist ja auch erst seit dem 1. Januar 2012 „Optionskommune“. Rom wurde auch nicht an einem Tag erbaut. Seien wir also fair. Bisher wurde Essen mit anderen Optionskommunen verglichen, also großen, gut organisierten und leistungsfähigen Städten, denen man die alleinige Verantwortung im Bereich Hartz 4 zutrauen kann. Falsche Liga! Wie RWE, also der mit Fußball, obwohl ich mich erinnere, dass da auch mal was mit Aktien war. Vergleichen wir mal mit der Vermittlungsstatistik aller



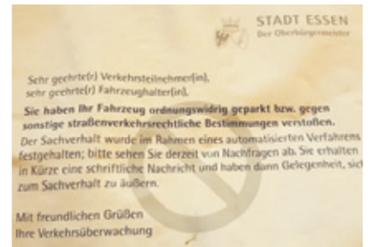
Job-Center

in NRW. Landesweit lag der Durchschnitt der 52 JobCenter im März bei einer Vermittlungsquote von 22,1 Prozent. Spitzenreiter waren die Landkreise Heinsberg

mit 30,2 Prozent und Steinfurt mit 29,2. Alle Ruhrgebietsstädte landeten unter dem Bundesdurchschnitt, wenn auch wie etwa Bochum und Dortmund nur knapp. Und Essen? Mit 16,8 Prozent wurde auch hier der letzte Platz sicher erkämpft! Also selbst in der D-Jugend der Kreisliga kann man mit nordrhein-westfälischen Weltmetropolen wie Heinsberg mithalten, obwohl sich die Stadt stets sehr bemüht. Aber wenigstens besser als „die im Osten“, z.B. die Stadt Erfurt, an der der Herr Sozialdezernent kürzlich in anderem Zusammenhang herumkritzelte, werden wir doch sein, oder? Wieder falsch! Erfurt hat eine

Vermittlungsquote von sagenhaften 34,5 Prozent. Schade auch! Bisher steht es damit 1:1. Parkraumbewirtschaftung: Top. Sozialverwaltung: Flop. Dann muss die Ent-

scheidung eben in der Nachspielzeit der Verlängerung fallen. Und siehe da: Alles wird gut, ja sogar noch besser. Durch ein technisch perfektes Eigentor gewinnt die Stadt Essen in der gefühlten 185sten Minute durch ihre legendäre Bürgerfreundlichkeit. Da erlaubt sie doch in einer Entscheidung von nahezu salomonischer Weisheit und geradezu herrschaftlicher Größe den Bürgerinnen und Bürgern – die dafür ja schon Steuern und Abgaben gezahlt haben – die verdreckten Essener Straßenschilder selbst zu reinigen. Freilich nicht ohne schlaue Tipps, wie das dann zu geschehen hat. Schließlich hat man eine Verantwortung. Für Bürger. Für Schilder. Für Schildbürger! Einen schönen Herbst wünscht Carsten Dams Rechtsanwalt und Fachanwalt für Sozialrecht und steht Ihnen mit der offenen, kostenfreien Sozialrechtsberatung – eigentlich auch so eine Aufgabe der Stadt – in seinen Beratungsstellen wieder zur Verfügung. Der Beitrag wird nach Erscheinen dieser Zeitung unter Einschluss der aufgeführten Statistiken veröffentlicht unter www.bg45.de.



Offene Hartz4-Beratungen

Montags, 9.30 - 11.30 Uhr

Ev. Lutherkirchen-Gemeindezentrum, Ohmstraße 9, Essen-Altendorf, mit RA Carsten Dams

Montags, 10.00 - 12.00 Uhr (außer letzter Montag im Monat)

Treffpunkt Altendorf, Kopernikusstr. 8, Essen-Altendorf

Dienstags, 10.00 - 12.00 Uhr

Zeche Carl, Förderturmhaus, Wilhelm-Nieswandt-Allee 102, Essen-Altenessen

Dienstags, 10.00 - 12.00 Uhr

Ev. Markus-Gemeindehaus, Postreitweg 86, Essen-Frohnhausen

Dienstags, 13.30 - 16.30 Uhr

Büro der BG45 im Heinz-Renner-Haus, Severinstraße 1, Essen-Innenstadt, mit RA Carsten Dams

Dienstags, 15.00 - 16.00 Uhr

Büro DIE LINKE. Mülheim, Eppinghofer Str. 175, Mülheim, mit RA Gabriele Junker

Mittwochs, 9.00 - 11.00 Uhr

Der Paritätische, Camillo-Sitte-Platz 3, Essen-Huttopf

Mittwochs, 10.00 - 12.00 Uhr

Stephanus-Gemeindezentrum, Langenberger-Str. 434a, Essen-Überruhr

Mittwochs, 14.00 - 16.00 Uhr

Friedrich-Uehrichs-Haus bei St. Gertrud, Rottstraße 32, Essen-Innenstadt

Mittwochs, 15.00 - 17.00 Uhr

Ev. Jugend- und Gemeindezentrum Weigle-Haus, Hohenburgstraße 96, Essen-Innenstadt, mit RA Carsten Dams

Donnerstags, 9.00 - 12.00 Uhr

Bürgerzentrum KonTakt, Katernberger Markt 4, Essen-Katernberg, mit RA Gabriele Junker

Donnerstags, 10.00 - 12.00 Uhr

Bürger- und Jugendzentrum, Wesselswerth 10, Essen-Werden

Donnerstags, 15.00 - 16.30 Uhr

Geschäftsstelle DIE LINKE. Velbert, Offerstraße 14a, Velbert

Donnerstags, 16.00 - 18.00 Uhr

Büro DIE LINKE. Essen, Heinz-Renner-Haus, Severinstraße 1, Essen-Innenstadt, mit RA Gabriele Junker

Freitags, 9.00 - 11.00 Uhr

Sozialpädagogische Familienhilfe e.V., Rechtstraße 7-9, Borbeck-Mitte, mit RA Jan Häußler

Freitags, 9.00 - 11.00 Uhr

Ev. Gemeindezentrum Königsstele, Kaiser-Wilhelm-Straße 39, Essen-Steele, mit RA Carsten Dams

Freitags, 11.00 - 13.00 Uhr

Zwingli-Jugendhaus, Theodorstraße 20 am Eltingplatz, Essen-Innenstadt

1. und 3. Freitag im Monat, 13.00 - 15.00 Uhr

Büro DIE LINKE. Gelsenkirchen, Wildenbruchstraße 15-17, 45888 Gelsenkirchen

Aktuelle Infos <http://www.dielinke-essen.de/nc/start/sozialberatung/>

Brief an die Redaktion



Mietobergrenzen

Ich habe zu den Mietobergrenzen im letzten Heft noch einen Hinweis: Fraglich scheint mir, wie sich auch bei qualifiziertem Mietpiegel die Obergrenzen angesichts der angehobenen Wohngeldhöchstbeträge halten lassen. Diese Grenzen sind bei Mietstufe IV in Essen Anfang 2016 neu bestimmt worden und zwar für 1-5 Personenhaushalte auf: 434/ 526/626/730/834 Euro (ohne Heizkosten). Das hat nicht automatisch, aber im Zweifel auch Auswirkungen auf die Beurteilung einer Angemessenheitsgrenze.

Genauso wichtig ist die Wohngeldanhebung aber für die Personen, die kein Hartz 4 beziehen, aber mit Niedrigeinkommen nur wenig darüber oder auch darunter liegen. Die sollten unbedingt ermuntert werden, ihren Wohngeldantrag auszutesten. Das gilt vor allem für Familien, die das evtl. mit dem auch erhöhten Kinderzuschlag kombinieren können. Zwar sind alle diese Leistungen mit umfangreichen Anträgen und komplizierten Berechnungen schwierig gestaltet, aber man könnte – jedenfalls aktuell – damit einer Menge Leute an der Niedrigeinkommengrenze und in der Dunkelziffer etwas Luft verschaffen oder ihnen das JobCenter vom Hals halten.

Helga Spindler (Anschrift ist der Redaktion bekannt)

Folchwank

Wat gibbet? **Kucken, ohne datte zahls!** Wo? Na, im Folchwank!

Außer montach, wo dat Haus zu hat, kannze **jehn Tach von zehn bis achzehn Ua**, donnastachs und freitachs sogah bis zwanzich Ua kucken, wat die zusammgesammelt hahm, seitdem dem Kalle Eanst Osthaus dat Museum Folchwank gegründet hat. Kostich nix, außern bissken Zeit und die Knete für die Faht. Weil, weiße, dem **Eintritt in-net Museum is für lau** für alle.

Alle Bilders, Fottos, Zeichnungen, Plastiken und Installationen wirße töfte finden. **Pah Teile, da wirße drüber schmunzeln und staun.** Bei pah andere wirße frahn, wattat soll. Abba vielleicht sachse zuletzt auch: „War ja gaanich so schlecht und kost ja nix. **Kamma ma widda hingehen**, kucken wat da vielleicht Neuet ambach is.“

Wiede hin komms? Ab Essen Hauptbahnhof mitti **U11 Richtung Gruga** oder mitte Straßenbahn **107 und 108 Richtung Bredene**y bis Haltestelle „Rüttenscheider Stern“. Für't Navi tuße Bismarckstraße sechzich eingehm. Hau rein!

Heike Kretschmer, Übersetzung: Wilfried Bieneke

Stehen TTIP und CETA vor dem Aus?

Sozialdemokratische Ablenkungsmanöver

Mit großem Tamtam verkündete SPD-Chef Sigmar Gabriel, dass die Verhandlungen über TTIP faktisch gescheitert seien, weil die USA sich nicht bewegten. CETA, das momentan mit Kanada verhandelt wird, soll allerdings umgesetzt werden, obwohl die beiden Abkommen sich nicht groß unterscheiden.

Die unterschiedliche Haltung ist vor allem ein Ablenkungsmanöver, um die Gewerkschaften vom Widerstand abzubringen und sich in der Öffentlichkeit besser zu positionieren. Sowohl die Verträge zu TTIP als auch zu CETA enthalten Klauseln, nach denen Sektoren, die einst öffentlich waren und dann privatisiert wurden, nicht wieder verstaatlicht werden dürfen, sobald die Verträge in Kraft getreten sind. Das hätte massive Auswirkungen auf alle Kräfte, die beispielsweise dafür kämpfen, die kommunale Energieversorgung wieder in die Kontrolle der Städte und



Am 17. September demonstrierten bundesweit rund 320.000 Menschen gegen die so genannten „Freihandelsabkommen“. Allein in Köln waren 55.000, die ein Ende dieser demokratiefeindlichen Verträge forderten. Auch DIE LINKE. Essen war mit rund 20 Genoss*innen in Köln dabei. Foto: Wilfried Bienek.

Der Autor ist Mitglied im Landesvorstand DIE LINKE. NRW

Gemeinden zu überführen. Auch sind die Arbeitnehmerrechte in beiden Ländern (USA und Kanada) nicht vergleichbar mit denen in Europa, so haben beide Staaten nicht alle Kernnormen der Internationalen Arbeitsorga-

nisation (ILO) akzeptiert, welche als Minimalstandards für Arbeitnehmerrechte gelten. Die mehr als umstrittenen Klagerechte für Konzerne, unter anderem gegen Privatisierungen oder die Verbesserung sozialer Standards,

sind in beiden Verträgen vorgesehen. Für Gabriel, so behauptet er zumindest in der Öffentlichkeit, sind diese aber das Haupthindernis für TTIP. Bei einer Umsetzung von CETA würden diese allerdings durch die Hintertür

nicht nur für kanadische Unternehmen gelten, sondern auch für US-amerikanische, da beide Staaten ein Abkommen haben, welches ihnen problemlos die Gründung von Tochter- und Briefkastenfirmen erlaubt.

Mit einer inhaltlichen Ablehnung hat die sozialdemokratische Positionierung gegen TTIP also wenig zu tun. Sie darf vor allem als Versuch gesehen werden, die Menschen vor den wichtigen Landtagswahlen in Berlin und dem SPD-Konvent in Hannover zu beruhigen und die Proteste zu schwächen.

Ablenkungsmanöver statt ehrlicher Politik

Dieser Versuch wurde allerdings sowohl von ATTAC, als auch den Gewerkschaften erkannt, die von ihrer Ablehnung beider Abkommen nicht abrücken wollen. Die Proteste vom 17. September 2016 übertrafen noch die Großkundgebung von Berlin im letzten Oktober. Sie sandten ein deutliches Signal, dass weder CETA noch TTIP oder das ein wenig in den Hintergrund gerückte TISA auf Zustimmung in der Bevölkerung treffen. Langfristig gesehen reicht es aber nicht, nur gegen die Freihandelsabkommen mit Nordamerika zu protestieren, es müssen auch die bestehenden Abkommen mit Afrika und Asien in den Blick genommen werden, die zu einer Verarmung der Bevölkerung führen.



Wenn Nazis eines mehr als genug haben, dann Schweineköpfe!

Übergriff auf Essener Moschee

Antimuslimischen Rassismus bekämpfen

Bisher blieb Essen relativ verschont von Angriffen auf oder Schändereien von Moscheen. Dies änderte sich am 16. September, als an der Frohnhauser Nöggerathstraße Schweineköpfe aufgehängt wurden. Während die Polizei noch ermittelt, ob es sich wirklich um eine politische Tat handelt, war den Betroffenen und Antifaschist*innen schnell klar, dass diese Aktion eine Folge des wachsenden antimuslimischen Rassismus war.

Das antifaschistische Bündnis „Essen stellt sich quer“ rief nach Bekanntwerden zu einer Solidaritätsaktion vor der Moschee auf, an der sich spontan mehr als 50 Menschen beteiligten. ESSQ zeigt damit beispielhaft, wie antifaschistische Kräfte in einer solchen Situation zu handeln

haben: konsequente Solidarität mit den Opfern von Rassismus. Dies ist bundesweit leider nicht immer der Fall, wie die Ignoranz gegenüber mehr als 80 Angriffen auf Moscheen alleine in den ersten Monaten dieses Jahres zeigt. Häufig wird von Muslimen auch gefordert, dass sie sich zuerst von allem Möglichen distanzieren sollen, bevor man sich mit ihnen solidarisiert. Eine verwerfliche Haltung. Denn die Aufgabe der Linken ist es, Widerstand gegen jede Form von Rassismus aufzubauen, auch den antimuslimischen. Das bedeutet sich schützend vor Muslimas und Muslime, vor Moscheen und Gebetsräume zu stellen, wenn diese angegriffen oder Ziel rechter Demonstrationen werden. Dieser gemeinsame Widerstand bietet die beste Basis für eine Überwindung konservativer Ideologien.

Jules El-Khatib

Am 29. Juli 2016 führte DIE LINKE. Gelsenkirchen in ihrer Geschäftsstelle eine kurzfristig angesetzte Veranstaltung zu den aktuellen Vorgängen in der Türkei durch. Referent des gut besuchten Abends war Faysal Sariyildiz von der parlamentarischen Fraktion der HDP in der „Großen Nationalversammlung“ (dem Parlament) der Türkei. Die Übersetzung vom Türkischen ins Deutsche und zurück übernahm die Gelsenkirchener Kreissprecherin Ayten Kaplan.

Von Jimmy Bulanik

Da seine parlamentarische Immunität in der Republik Türkei aufgehoben wurde, kann Sariyildiz derzeit nicht in die Türkei zurück und bestreitet seit mehreren Wochen Veranstaltungen in der ganzen Europäischen Union zur Aufklärung über die aktuellen Ereignisse.

Der Parlamentarier sprach eingangs über den versuchten Putsch durch in sich zerstritte Teile des türkischen Militärs. Daran beteiligte Generäle waren zuvor vom amtierenden Staatspräsidenten Recep Tayyip Erdoğan noch wegen ihrer „Operationen“ im türkischen Inland ausgezeichnet worden.

Wenn Erdoğan nun die Bewegung des Fethullah Gülen für den Militärputsch verantwortlich mache, nutze er die Gelegenheit, die Machtfrage zu klären. Erdoğan und Gülen waren einst über vierzehn Jahre Weggefährten. In der Amtszeit der AK Partei hat die Gülen-Bewegung in der Türkei parallele Strukturen

Türkisch-Kurdischer Abgeordneter im Gespräch

Ein oppositioneller Augenzeuge

aufgebaut. Nun verdrängt die AK Partei Fleisch von ihrem Fleisch, denn letztlich teilen Erdoğan und Gülen die gleiche Weltanschauung.

Für den bekennenden Pazifisten Faysal Sariyildiz, welcher zu keinem Zeitpunkt eine Waffe angerührt hat, sind die sozialen Belange und die Gleichwertigkeit aller Menschen in der Türkei von entscheidender Bedeutung. Sein Wahlkreis ist die Stadt Cizre, in der durch das gewaltsame Eingreifen der türkischen Armee einhundertdreißig Menschen ihr Leben verloren haben. Insgesamt wurden zehn Orte in der Region durch das Militär zerstört. Der HDP-Parlamentarier wurde Augenzeuge von Verbrechen staatlicher Sicherheitsorgane an der Zivilbevölkerung und betonte die Furcht der Menschen vor Gleichschaltung, Nationalismus, Faschismus sowie deren Mündung in einen unnötigen Bürgerkrieg.

Zum Zeitpunkt seiner Wahl zum Abgeordneten befand sich Faysal Sariyildiz in türkischer Haft. Aktuell erfuh er, dass in seinem Wahlkreis Imame wegen „humanistischer Gesinnung“ aus ihrem Amt entlassen worden seien.

Faysal Sariyildiz sprach auch



Faysal Sariyildiz von der parlamentarischen Fraktion der HDP in der „Großen Nationalversammlung“ (dem Parlament) der Türkei.

Foto: Bulanik

über die Rolle der HDP. Sie stehe für individuelle Freiheit, Sozialstaatlichkeit, Rechtsstaatlichkeit und Rechtssicherheit. Alle in der Türkei lebenden Menschen seien gleichwertige Mitglieder einer gemeinsamen Zivilgesellschaft, ungeachtet von Alter, Geschlecht, ethnischer Abstammung, geschlechtlicher Orientierung, konfessioneller Zugehörigkeit oder einer gewaltfreien, demokratischen Weltanschauung. Sariyildiz sprach in diesem

Zusammenhang auch von dem Versuch eines progressiven Modells in Rojava.

Sariyildiz hält es für undenkbar, dass in der Türkei der Laizismus und die Werte des Staatsgründers Mustafa Kemal Atatürk zur Disposition gestellt werden. Er kritisierte jedoch die kapitalistische Form der türkischen Ökonomie. Sie sei letztlich die Ursache für die ungleichen und ungerechten Lebensverhältnisse.

Der HDP-Parlamentarier hob die geostrategische Lage der Türkei als verbindendes Land zwischen Europa, Asien und dem afrikanischen Kontinent hervor. Die Republik Türkei sei dazu reich an Wasser und fruchtbarem Boden. Die Menschen in seiner türkischen Heimat seien so gut ausgebildet wie nie zuvor, eine mehrheitlich junge Bevölkerung mit einer raschen und hohen Geburtenrate.

In Bezug auf die Zukunft ist und bleibt Faysal Sariyildiz alles in allem optimistisch. Recep Tayyip Erdoğan könne Orte zerstören lassen, jedoch werde er dafür gewiss seinen gerechten Eintrag in den Geschichtsbüchern bekommen. Dies wurde mit dem entsprechenden Applaus der Anwesenden gewürdigt.

Neuerdings verlangen sogar Grüne den Ausbau sechsspüriger Autobahnen. Wer bewusst kein Auto hat oder fährt, gehört weiterhin einer Minderheit an. Klar ist, dass die Autoindustrie sich nicht gegen Elektro-Autos wehrt, weil sie auf jeden Fall die Fahrzeugart „Auto“ und damit den motorisierten Individual-Verkehr (MIV) erhalten möchte. Auch die übrige Wirtschaft und der Handel haben nichts dagegen. Das führte in der Großstadt Essen dazu, dass sonst heiß umkämpfte Parkplätze kostenlos (auch von den Autofahrenden ohne Murren) für die grundsätzliche Reservierung von stundenlangem Aufladen mehrerer Elektro-Autos geopfert werden. Nicht das einzige Anzeichen, in welchem Maße die einstige Leitidee von der „autogerechten Stadt“ immer noch wirksam ist.

Ein Essay von Ulrich Straeter

Für die Nutzenden des öffentlichen Nahverkehrs, zu Fuß Gehende, Radfahrende, Eltern mit Kinderwagen und Rollstuhlfahrende war man hier in Rütterscheid nicht bereit, von fünf und zwanzig Parkplätzen auch nur fünf für den sinnvollen Umbau einer

selbstverständlich auch der Anteil der Bevölkerung, der den öffentlichen Nahverkehr nutzt, berücksichtigt werden. Dieser Anteil wird auf ungefähr fünf und dreißig Prozent geschätzt. Berücksichtigt wird er bei Planungen nicht.

Die von einer großen Bürgerinitiative unter Mitarbeit



Unser Gastautor ist Verleger des ARKA Verlags und Sprecher der Kulturgruppe ZORMM Wörter.Töne.Bilder.

zweier professioneller Architektinnen vorgelegten und von 2001 bis 2013 vergeblich propagierten Pläne sahen statt eines öden Platzes mit fünf und zwanzig Parkbuchten einen Platz zum Versammeln und Veranstalten vor. Mit Baum-

gelegenen und die im Krieg zerstörte „Altstadt“ ersetzenden Stadtteil liegt, wurde durch die Mehrheit der regierenden bürgerlichen Parteien und durch die Mehrheit der anliegenden Kaufleute und Gastronomen abgelehnt.

Anlass für die Frage, wem eigentlich die Stadt gehört oder vielmehr: wem sie gehören sollte.

Der zentral gelegene Platz nebst Kreuzung und Umfeld trägt den Namen „Rütterscheider Stern“. Er ist Mittelpunkt eines Stadtteils mit ca. 40.000 Einwohnern.

Keine „Sternstunde“ für Rütterscheid
„zum Verweilen“ zurückzugeben.

Da dieser Stadtteil und die Renommiermeile „Rütterscheider Straße“ (Rü oder französisch „Rue“) nicht nur vom Individualverkehr angefahren wird (mit den entsprechenden, zunehmenden Problemen), sondern auch von einer Straßenbahnlinie und zwei U-Bahn-Linien direkt sowie von zwei Buslinien in erreichbarer Nähe, müsste

Arkaden, Flächen mit Sand und/oder Wasser, einer Grünfläche mit Laven- oder Ruheinseln mit Sitzbänken, einer Pergola, einem kleinen Café, Briefmarken- und Fahrkartenautomaten, Fahrradständern, Telefonzellen und adäquater Beleuchtung. In die Planung einbezogen wurde auch das Umfeld, so dass zwei Straßenbahnhaltestellen zusammen und näher an den Platz gelegt werden sollten. Zwanzig der vorhandenen Parkplätze sollten durch intelligente Straßenumgestaltung zusätzlich in einer Seitenstraße und die restlichen fünf in einem in der Nähe vorhandenen Parkhaus untergebracht werden. Hässliche oberirdische Müllcontainer würden durch eine unterirdische Einrichtung ersetzt. Trotz mehrjähriger positiver Berichterstattung in den Medien und wohlwollender Beurteilung in etlichen städtischen Gremien kam es nie zu einem durchführungsfähigen Beschluss. Weder die Bezirksvertretung, der Bauausschuss, das Grünflächenamt noch das Baudezernat machte sich definitiv für die Sache stark. Auch die Bemühungen im Rahmen der „Kulturhauptstadt Europas“ 2010 verliefen im Sande. Konservative Politiker und insbesondere die „Interessengemeinschaft Rütterscheid (IGR)“,

die von Kaufleuten dominiert wird, hielten eisern an dem kleinen Parkplatz mit 25 Plätzen für Autos fest. Auch die Verleihung des Titels der „Grünen Hauptstadt Europas“ im zweiten Anlauf brachte der Idee keinen neuen Schwung.

Landraub – damals und heute

Der Platz ist in der Zwischenzeit nicht schöner geworden. Statt dessen erfolgten kontraproduktive Planungen: Das EVAG-Häuschen wurde renoviert und mit einem Café versehen, aber an der alten, unpraktischen Stelle belassen. Die örtliche SPD schlug „Verschönerungsmaßnahmen“ vor. Die EVAG setzte durch Aufzüge an anderer Stelle

Verstädterung am kritischen Punkt?

Doch Überlegungen, einen Teil der Stadt der Allmende (der der Allgemeinheit zur Verfügung stehende Teil des öffentlichen Raums) wieder zurückzugeben, haben in anderen deutschen Städten und vor allem in anderen Ländern (z.B. den Niederlanden) längst Platz (sic!) gegriffen. Solche Planungen werden aber in hiesigen Breiten trotz teilweiser theoretischer Zustimmung nicht durchgeführt oder von interessierter Seite verhindert.

Durch die Wegnahme bzw. Vernichtung der Allmende im achtzehnten und neunzehnten Jahrhundert wurden vor al-

lem die kleinen Bauern, Kötter oder Leuten ohne Land, aber mit Tieren, geschädigt. Durch die sogenannten „Eingegungen“ eigneten sich Großgrundbesitzer das Land ohne Entschädigung an. Die verarmte Landbevölkerung stand dann der beginnenden Industrialisierung als Arbeiterinnen und Arbeiter in Bergwerken und Fabriken zur Verfügung.

Diese Erscheinungen, von manchen Historikern als „Landraub“ bezeichnet, haben im Endeffekt bis heute (nicht nur in Afrika und Südamerika unter dem Begriff „Landgrabbing“) nicht aufgehört. Immer wieder und immer noch werden öffentlich zugängliche Bereiche privati-

siert und dem Gewinnstreben einzelner Firmen und Konzerne geopfert. Ein Beispiel dafür in Essen ist der Bau einer riesigen Einkaufsmall am „Limbecker Platz“, der nicht nur dank Überlistung der beteiligten Bürgerschaft gelang, sondern auch den eigentlichen Limbecker Platz und den öffentlichen Zugang zur U-Bahn, eines Bereichs mit Bäumen und Bänken, vernichtete und privatisierte. Der damali-

Rütterscheider Stern: Die Pläne der Bürgerinitiative wurden verdrängt und gerieten dem Anschein nach in Vergessenheit. Foto: W. Bieneke

Gehört der Wirtschaft die Stadt?
Das Recht auf die Stadt



ge Lokalchef der Monopolzeitung WAZ (heute Funke Mediengruppe) war voll des Lobes über diese Veränderung. Wie dieser städtebauliche Koloss, der die Universität endgültig von der Stadt trennt, betrieben wird, nämlich als Immobilienfonds, der auswärts angesiedelt ist und seine Anteilseigner trotz Finanzkrise mit guten Erträgen bedient, ist den meisten Menschen in Essen nicht bekannt oder nicht bewusst.

Möglicher Weise ist die Verstädterung der westlichen Gesellschaften an einem kritischen Punkt angekommen. Allein die Probleme des individualisierten, motorisierten Verkehrs machen viele gut gemeinte Anstrengungen zur Belebung und Verschönerung der Städte wieder zunichte. Der übersteigerte Bau von Einkaufszentren und Geschäften aller Art (z.B. Outlets), wodurch die Wohnbevölkerung vertrieben wird und Stadtteile „sterben“, wird zunehmend kritisch gesehen.

Überall greifen neue Bewegungen die Misere des Neoliberalismus auf urbanem

Stadt zurückerobern



Foto: Meyrome/Pixelio.de

Terrain an. Das „Recht auf die Stadt“ wird gefordert, ob in Berlin, Hamburg, Duisburg, Wien, Durban, New York oder Istanbul. Im westkurdischen Rojava, in den Consejos Comunales Venezuelas oder den Juntas Vecinales in El Alto in Bolivien beginnen die Menschen in einem Ausmaß über ihre Belange selbst zu bestimmen, von dem wir Europäerinnen und Europäer nur träumen können. Lediglich leise Anklänge sind in Deutschland mit Urban Gardening, Car Sharing, Repair-Cafés und öffentlichen Bücherschränken zu finden.

Während für die Oberschichten absurde und überteuerte Kulturpaläste wie die Elbphilharmonie in Hamburg oder anderswo entstehen (in Essen nur durch die Großzügigkeit einer Konzern-Stiftung, während die Stadt unter den normalen Betriebskosten ächzt), stehen an anderer Stelle ganze Ladenzeilen zunehmend leer, entstehen neue prekarierte Wohnviertel mit Verslumungstendenzen und zunehmender Kriminalität. Der im so genannten Westen herrschende bürgerliche

So eine Einkaufsstadt kann auch ziemlich öde sein ...



worden. Für die Allgemeinheit bezahlbarer Wohnraum wird zunehmend knapper. Kleine Läden des täglichen Bedarfs haben es schwer, hohe Mieten zu bezahlen. Sie werden durch Fingernagelstudios oder Filialketten ersetzt. Das Zentrum einer freien Stadt oder das Zentrum eines beliebten, belebten und viel frequentierten Stadtteils sollte weder ein Machtzentrum, noch nur ein öder Parkplatz sein, sondern ein Ort der Begegnung und des Austauschs. Möglicher Weise ist die neue Migration, die Ende des 20. und Anfang des 21. Jahrhunderts Westeuropa berührt und vielleicht sogar die Europäische Union ins Wanken bringt, ein Angriff auf die neoliberale Stadt.

privater Eigentümer liegen, es würde vergesellschaftet und nicht auf dem Markt verhandelbar sein. Die Bewohner würden in selbstbestimmten Organisationsformen über ihre Stadt und ihre Belange entscheiden können. Eine Bürgerinitiative mit kompetenten Mitgliedern und sachlich gut begründeten Anträgen und Planungen könnte eine Eingangsform dieser Art von sinnvoller, demokratischer und menschlicher Mitbestimmung sein – der Aneignung der eigenen Stadt, an der man mitplant und mitarbeitet und für die Erhaltung sorgt. Die ehrenamtliche Übernahme einer Patenschaft über ein Baumbeet auf eigene Kosten durch Anlieger kann da nur ein beispielhafter Einstieg mit Symbolcharakter sein.

Selbstverwaltung gegen neoliberale Stadt

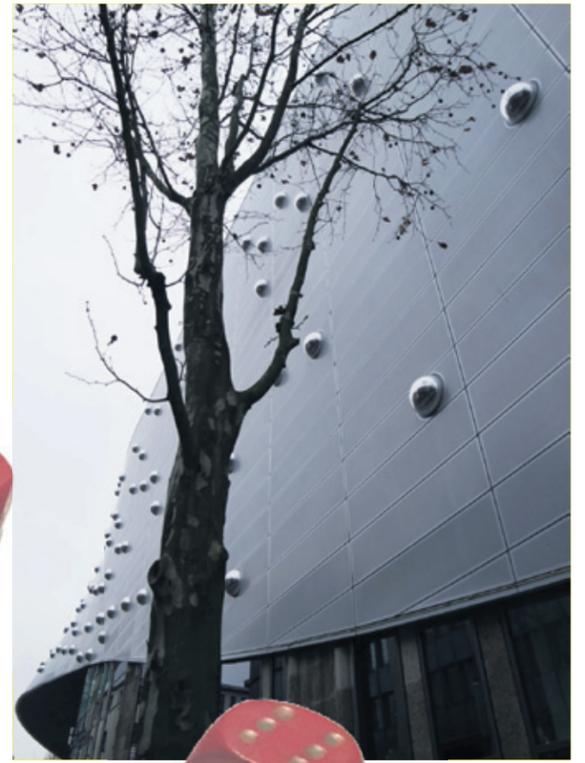
Weil der neoliberalen Stadt mit ihren mehrheitlichen Entscheidungsträgern und Eigentümern das menschenwürdige Wohnen für alle nicht viel bedeutet, ist fast überall der soziale Wohnungsbau zurückgefahren

Auch wenn ein großer Teil der Flüchtlinge aus den Kriegsgebieten des Nahen Ostens nur der Not wegen oder aus Todesangst ihr Land verlässt. Auch wenn die Flüchtlinge aus den Staaten Afrikas, die dem Hunger und der Unmöglichkeit einer Existenz entfliehen, nur den scheinbaren Glanz und nicht die dunklen Seiten des westlichen Systems sehen. Der „reiche“ Westen antwortet mit einer Art Notstands-Urbanismus, mit Zelten und Wohncontainern, mit einem „Herzlich willkommen“ durch große Teile der verständnisvollen Bevölkerung und gleichzeitiger Verschärfung der Asylregeln durch die mit Mehrheit gewählten Politiker. Die meisten Flüchtlinge werden, z.T. mit rüden Methoden, wieder abgeschoben – mit armen Flüchtlingen kann der Kapitalismus nicht viel anfangen, ausgenommen sie verdingen sich als Billiglöhner und Mindestlohnbrecher. Oder sie ersetzen Fachkräfte, die seltener Weise bei uns nicht vorhanden zu sein scheinen. Die weltweiten Migrations-

Der weltweite Zusammenhang

Das Dogma des ständigen Wachstums auf einem endlichen Planeten mit endlichen Ressourcen gerät an seine Grenzen und zeigt seine Absurdität. Andere Lebenshaltungen und politische Formen sind dringend erforderlich. Die extrem ungleiche Vermögensverteilung, die ein Teil der weltweiten sozialen Ungerechtigkeit ist (wobei die soziale Ungerechtigkeit sowohl zwischen Staaten als auch zwischen Ethnien und Schichten bzw. Klassen besteht), muss beseitigt werden, wenn die Menschheit überleben und nicht in endlosen blutigen Kriegen enden will.

Zunehmend werden bei den Machteliten Befürchtungen laut, dass Europa – das zurzeit existierende, überwiegend ökonomisch und militaristisch geformte Kapital-Europa – sich in eine von ihnen nicht gewünschte Richtung verändern wird. Anders gesehen könnte das eine große Hoffnung bedeuten. Ein Problem sind nicht nur die derzeitigen Entscheidungsträger, die mit ihrem Latein am Ende sind, oder der immer noch relativ kleine Teil der Menschen mit wirklichen Zukunftsideen, sondern die Masse der Unschlüssigen und Unentschiedenen, die die auch ihnen bekannten Probleme verdrängen. Darin enthalten sind die Ängstlichen, die durch die Wahl von



Der Bau einer riesigen Einkaufsmall am „Limbecker Platz“ vernichtete den eigentlichen Platz, einen Bereich mit Bäumen und Bänken.

Foto: W. Bienek

bewegungen sind auch durch Klimaveränderungen und -probleme begründet. Internationale Klimakonferenzen, die meist nicht mehr als Showveranstaltungen bzw. Farcen sind, da sich danach nichts ändert, können ehrliche Ökologinnen und Ökologen, die auch Ahnung von Ökonomie haben (oder ehrliche Ökonominen und Ökonomen, die auch Ahnung von Ökologie haben), nicht mehr darüber hinwegtäuschen, dass es einen „grünen“ Kapitalismus nicht gibt. Probleme, die das kapitalistische System erzeugt, können nicht durch Maßnahmen desselben Systems beseitigt werden.

Reaktionären und Faschisten glauben, vermeintliche Bedrohungen abwehren oder für sie positive Änderungen erzeugen zu können.

Unter dem Motto „La nuit debout – Aufrecht durch die Nacht“ besetzte im April 2016 die französische Jugend Plätze in Paris und anderen französischen Städten. Auslöser war die Verschärfung der Arbeitsgesetze für abhängig Beschäftigte zu Gunsten der Arbeitgeber durch eine sich „sozialistisch“ nennende Regierung, die längst in das rechte Lager übergewechselt ist. Aber es geht der Jugend – zu Recht – nicht nur um Arbeitsgesetze, sondern um das große Ganze. Es geht um ihr Land, um Europa, um den ganzen Planeten, auf dem nichts ist, wie es sein könnte und sollte.

Diese Formulierung erinnert an eine Sentenz Friedrich Hegels: Denn nicht das, was ist, macht uns ungestüm und leidend, sondern dass es nicht ist, wie es sein soll ... Die Jugend muckt auf gegen die faktische Aufkündigung der Menschenrechte durch die ältere Generation, ohne Ansehen der Parteien. Vielleicht ist die Parteidemokratie überholt. Es kamen schon einmal wesentliche Umbrüche aus Frankreich ... Liberté, égalité, fraternité, solidarité ...

Zum Weiterlesen:

- „Sternstunde“, eine Planung der Bürgerinitiative Aktionskreis Rüttenscheid, Essen 2001–2013, im Stadtarchiv einzusehen
- „Das Recht auf die Stadt“, Henri Lefebvre, Nautilus Verlag 2016
- „Von Wegen. Überlegungen zur freien Stadt der Zukunft“, Niels Boeing, Nautilus Verlag 2015
- „Kritische Zone“, Niels Boeing in: „Freitag“ vom 7. April 2016
- „Aufrecht durch die Nacht“, Hansgeorg Hermann in: „junge welt“ vom 9./10. April 2016
- „DeGrowth“, Handbuch für eine neue Ära, D'Alisa/Demaria/Kallis (Hrsg.), oekom 2016

AfD ist keine Alternative

Unsozial und rückwärtsgewandt

Das Ergebnis der Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern schockierte. Die AfD wurde zweitstärkste Kraft. Diese Partei setzt aber nicht nur auf offenen Rechtspopulismus und Fremdenhass. Sie ist auch eine Partei, die zutiefst unsozial ist und klar neoliberale Positionen vertritt. Sie will Steuern für Reiche senken, Renten- und Arbeitslosenversicherung zerschlagen und Alleinerziehende ausgrenzen – ein rückwärtsgewandtes Weltbild, das nicht in das 21. Jahrhundert passt.

Von MdB Niema Movassat

Die AfD versucht, sich in den Medien als Partei der kleinen Leute darzustellen. Doch ist dem so? Bundesweit behauptet die AfD, für den Mindestlohn zu sein. Doch einzelne Landesverbände stemmen sich in ihren Wahlprogrammen dagegen. So fordert die AfD in Berlin die Abschaffung des Mindestlohns und behauptet, dieser zerstöre Arbeitsplätze. Dabei lehrt die Praxis das Gegenteil.

Steuern für Reiche senken

„Unser Konzept ist angelehnt an die Ideen von Paul Kirchhof“, so AfD-Chefin Frauke Petry. Was bedeutet das konkret? Das Steuermodell von Kirchhof sieht vor, das jetzige Steuersystem, bei dem Gutverdienende prozentual mehr zahlen als Geringverdienende, durch eine so genannte „Flat Tax“ zu ersetzen. Alle sollen den gleichen Steuersatz zahlen – der Top-Manager wie die Bäckereiangestellte. Millionäre und Top-Manager würden so massiv entlastet. Denn anstelle eines Spitzensteuersatzes von 42 Prozent würde auf alle Einkom-

men nur noch eine pauschale Steuer von 25 Prozent anfallen. Auch die Erbschaftsteuer soll abgeschafft werden. Davon würden vor allem die Erben großer Unternehmen und Aktienpakete wie die Familien Quandt, Piech und dergleichen profitieren, Normalverdienende erben ohnehin nicht so viel, dass sie Erbschaftsteuer zahlen müssten. Für die öffentlichen Kassen bedeutet dies jedoch einen Kahlschlag. Geld für Schulen, Kitas und vieles andere würde plötzlich fehlen. AfD will außerdem die „hohen Abgaben“ für die Sozialversicherungen beschränken, was zur direkten Folge hätte, dass Renten, das Arbeitslosengeld und mehr gekürzt und zerstückt würden. „Soziale Gerechtigkeit“ sucht man bei der AfD vergeblich.

Rassismus bleibt Rassismus

Die Darstellung des Bürgers als Opfer, der von fremden Mächten ausgebeutet wird und das ihm Zustehende nicht erhält, das ist das uralte Erfolgsrezept der faschistischen und nationalsozialistischen Bewegungen. Deutsche gegen



Nichtdeutsche, diesen Konflikt schürt die AfD. Auch der Präsident des Bundeskriminalamtes Holger Münch erklärt: „Die AfD hat Fremdenfeindlichkeit in unserer Gesellschaft salonfähig gemacht.“ Dies bezeugen die steigende Zahl der Übergriffe auf Flüchtlingsheime, Übergriffe auf Menschen mit südländischem Aussehen und der offenen Rassismus im Internet. So forderte Bernd Höcke: „Ich fordere angesichts Millionen Menschen, denen unsere Kultur fremd ist, die überwiegend von Sozialleistungen abhängen, und die oftmals weder integrationswillig noch integrationsfähig sind, eine Obergrenze von minus 200.000 im Jahr!“ Das ist Rassismus pur!

Rückwertgewandtes Familien- und Frauenbild

Die AfD wendet sich gegen die modernen Lebensweisen, wie sie heute existieren, egal ob homosexuelle Paare, Alleinerziehende, Patchworkfamilien oder andere. Für die AfD kommt nur das „traditionelle Familienbild“ in Frage, wie sie in Punkt 6.1 ihres Grundsatprogramms schreibt. Zugleich lehnt die AfD den Ausbau von Ganztagschulen und Kitas ab, was zur Folge hätte, dass Frauen erneut in die Haushälterinnen- und Mutterrolle gedrängt würden – Gleichberechtigung geht anders. Zudem lehnt die AfD Abtreibungen ab und nimmt Frauen damit einen Teil ihres Selbstbestimmungsrechts. Zu guter Letzt möchte die AfD die Pflegearbeit durch Angehörige „aufwerten“. Dies



Niema Movassat, MdB DIE LINKE

bedeutet, dass erneut ein Teil bisher staatlich geregelter Leistungen privatisiert und in die Familie gedrängt werden soll.

Die Antwort auf die aktuellen Probleme der Gesellschaft ist eine andere als Rassismus. Nicht Menschen mit anderer Religion, Hautfarbe oder Akzent sind Probleme, sondern die neoliberale Politik der etablierten Parteien, die die AfD fortsetzen und verschlimmern würde. Eine Politik, die Wohlhabende, Reiche und Superreiche entlastete und Menschen mit mittlerem und niedrigem Einkommen belastete.

Was eine echte Alternative wäre

Wer dieses Land verbessern will, der muss sich wehren. Nicht gegen Menschen mit „Migrationshintergrund“, sondern gegen Konzerneigner, Millionen- und Milliardärserben und Hedgefonds. Es geht nicht um die Umverteilung zwischen „Innen und Außen“, wie der AfD-Rechtsaußen Höcke behauptet, sondern um die Umverteilung zwischen oben und unten!

Einsatz der Bundeswehr im Innern?

Perfide Reklameoffensive

Von MdB Niema Movassat

Die schrecklichen Gewalttaten in Würzburg, München und Ansbach haben zu einer Diskussion darüber geführt, ob die Bundeswehr im Innern eingesetzt werden soll.

Insbesondere Bundesverteidigungsministerin Ursula von der Leyen wirbt derzeit massiv für Einsätze, die weit über die einfache Amtshilfe bei Katastrophenlagen hinausgehen soll. Während des Münchener Amoklaufes wurden die Feldjäger der Bundeswehr in Bereitschaft versetzt. Am Ende kamen sie nicht zum Einsatz. Es zeigt aber, dass die Hemmschwelle seitens der Bundesregierung, die Bundeswehr unter dem Vorwand einzusetzen, die innere Sicherheit aufrechterhalten zu wollen, stetig sinkt. Zum Glück ist der Einsatz von Militärs im Innern (noch) an hohe grundgesetzliche Hürden gebunden. Denn allem Populismus zum Trotz gilt es, zunächst einmal die Rechtslage zu betrachten. Diese ist ziemlich eindeutig: Die Bundeswehr ist ausschließlich zur Verteidigung des Landes nach außen vorgesehen. So heißt es in Art. 87a Absatz 2 des Grundgesetzes: „Außer zur Verteidigung dürfen die Streitkräfte nur einge-

setzt werden, soweit dieses Grundgesetz es ausdrücklich zulässt.“ In Art. 35 über die „Amtshilfe“ heißt es dazu weiter, dass Streitkräfte zur „Katastrophenhilfe“ eingesetzt werden dürfen. Außerdem ist in Art. 87a Absatz 4 der „innere Notstand“ ebenfalls als Grund für einen Einsatz der Bundeswehr im Innern genannt. Beide Sachverhalte liegen offensichtlich nicht vor und lagen auch während der drei erwähnten Gewaltereignisse nicht vor. Die Bundeswehr wäre auch keine Hilfe gewesen. Daher gibt es für ihren Einsatz weder eine rechtliche noch eine sachliche Legitimation. Denn es ist eine gefährliche Illusion anzunehmen, bewaffnete Soldaten auf unseren Straßen würden mehr

Sicherheit vor Terroranschlägen oder Amokläufen bieten. Trotzdem setzt sich vor allem die Union dafür ein, die Bundeswehr als Polizeitruppe ins Spiel zu bringen. Die Bundeswehr ist für Kriegs- und Kampfeinsätze ausgebildet. Ihr fehlt eine Ausbildung für polizeiliche Aufgaben. Polizist*innen werden jahrelang intensiv ausgebildet, um ihre umfangreichen Aufgaben bewältigen zu können. Daher ist der Schutz vor Gefahren und die Verfolgung von Straftaten klare Aufgaben der Polizei, nicht von einer Hilfspolizei, zu der die Bundeswehr gemacht werden soll.

Die Forderungen nach einem Einsatz der Bundeswehr im Innern geben vor, den berechtigten Forderungen von



Bundeswehr bringt Holz zum Grill?

Foto: Detmar Modes/Bundeswehr

Bürger*innen nach Sicherheit nachkommen zu wollen. In Wahrheit sollen vor allem politische Defizite im Bereich der Inneren Sicherheit kaschiert werden. Denn über Jahre fand ein massiver Abbau an Polizeipersonal wie auch im gesamten öffentlichen Dienst statt. Mehr Polizei allein schafft aber nicht mehr Sicherheit. Sie kann allenfalls Symptome bekämpfen, nicht die Ursachen von Gewalt und Kriminalität. Vielmehr muss endlich der Einsicht zum Durchbruch verholfen werden, dass eine umfassende sozialpsychologische Begleitung und Betreuung von Menschen, die sich in ausweglosen Situationen sehen – darunter auch Ge-

flüchtete –, dringend erweitert und ausgebaut werden muss. Der Amoklauf in München macht dies nur allzu sehr deutlich. Er war die Tat eines verzweifelten, ausgestoßenen und psychisch hochgradig kranken Einzeltäters. Auch die Gewalttaten von Würzburg und Ansbach waren Taten von Einzeltätern, für die nicht alle Geflüchteten in Haftung genommen werden dürfen. Für die Betreuung und Begleitung bedarf es der entsprechenden Ressourcen, für deren Bereitstellung der Bund und die Länder in die Pflicht zu nehmen sind. Bisher sind sie ihrer Verantwortung, genügend Psycholog*innen und Sozialarbeiter*innen zur Ver-

fügung zu stellen, nicht nachgekommen. Was wir brauchen, ist eine Personaloffensive im gesamten öffentlichen Dienst, um den jahrelangen Stellenabbau auszugleichen.

DIE LINKE betont die Einhaltung des Grundgesetzes und lehnt Planspiele für einen Bundeswehreininsatz im Innern ab. Verteidigungsministerin von der Leyen muss aufhören, verfassungsrechtliche Prinzipien zu demontieren und die zu Recht festgeschriebene Trennlinie zwischen den Aufgaben der Polizei und der Bundeswehr weiter zu verwischen. Mit den berechtigten Erwartungen der Menschen, die Sicherheit zu gewährleisten, darf nicht gespielt werden – auch deshalb ist der Ruf nach Bundeswehreinätzen im Innern fahrlässig, denn es wird etwas vorgespiegelt, was nicht zu realisieren ist.

Die Erfahrungen aus unserem Nachbarland Frankreich zeigen dies nur zu deutlich. Dort werden seit Jahren militärische Patrouillen an öffentlichen Plätzen eingesetzt. Das hat das Land allerdings nicht vor Terroranschlägen bewahrt. Nun werden noch mehr Soldaten eingesetzt und der Ausnahmezustand fortwährend verlängert, ohne dass bewaffnete Einsätze von Soldat*innen im Innern Sicherheit für die Bevölkerung erreichen können.

MdB Niema Movassat

Niema Movassat wurde als Sohn iranischer Eltern in Wuppertal geboren. Nach dem Abitur in Oberhausen studierte er Rechtswissenschaften an der Heinrich-Heine-Universität in Düsseldorf und legte 2009 sein juristisches Staatsexamen mit der Note „gut“ am OLG Düsseldorf ab. 2009 zog er erstmals in den Bundestag ein. Er ist developmentalpolitischer Sprecher der Fraktion DIE LINKE. im Deutschen Bundestag.

Sie erreichen sein Büro unter der Anschrift Heinz-Renner-Haus, Severinstr. 1, 45127 Essen, Telefon 0201/81337730, Telefax 0201/81337731, E-Mail niema.movassat.ma06@bundestag.de. Die Website ist unter www.movassat.de erreichbar. Das Bürger*innenbüro ist geöffnet von Montags bis Donnerstags von 10 bis 16 Uhr.



NATO-Kriegskonferenz zum zweiten Mal in Essen

Öffentlichkeit wird im Dunkeln gelassen

Vom 4. bis 6. Oktober 2016 findet in der Messe Essen die Konferenz „Joint Air & Space Power“ der NATO statt. Dort treffen sich ranghohe Militärvertreter mit Beratern aus der Politik, um gemeinsam über die neuen Herausforderungen an die NATO zu diskutieren.

Von Patrick Münch

Gefördert wird der Kongress von der Rüstungsindustrie, unter anderem von Airbus und IBM. Geplant und organisiert wird die dreitägige Veranstaltung vom sogenannten „Exzellenzzentrum“ der NATO in Kalkar. Vom dortigen Standort aus werden die Auslandseinsätze der deutschen Luftwaffe geführt. Allerdings sucht man auf der Internetseite der Messe Essen vergeblich nach der NATO-Konferenz. Und auch sonst findet man kaum Informationen über diese Veranstaltung. Im Aufsichtsrat der Messe sitzen aber auch Mitglieder des Rates der Stadt Essen.



Das Essener Friedensforum bei der letztjährigen Anti-NATO-Kundgebung in Kalkar am 3. Oktober 2015, Foto: Ralf Fischer

Es fällt schwer zu glauben, dass diese Ratsfrauen und -herren nicht darüber informiert sind, dass die NATO eine Konferenz in der Messe abhält. Auch die Inhalte der Konferenz werden den Mandatsträger*innen wohl bekannt sein. Es stellt sich die Frage: Warum wird die Öffentlichkeit über diese Konferenz nicht informiert? Was hat man zu verbergen? Tatsächlich gibt es eine In-

Beeinträchtigte Umgebung

ternetseite, auf der über die Konferenz informiert wird – jedoch nur auf Englisch. Es ist die Seite des „Exzellenzzentrums“ in Kalkar, des JAPCC, auf Deutsch „Kompetenzzentrum für gemeinsame Luftoperationen“ (www.japcc.org). Hier ist zu erfahren, was auf der Konferenz besprochen wird. Es geht darum, wie die Luftstreitkräfte der NATO in einer Umgebung Krieg führen können, die „durch fremde

Einflüsse beeinträchtigt“ ist. Das heißt konkret, dass durch Operationen des Gegners die Kommunikation zu den eigenen Piloten im Einsatz gestört wird, z.B. durch den Ausfall des satellitengestützten GPS-Systems. Auch weitere „Beeinträchtigungen“ werden genannt: Ausfall des Internets, Zusammenbruch des Bankensystems und der Gesundheitsversorgung etc. Wie kann die NATO dann handlungsfähig bleiben? Solchen „Beeinträchtigun-

gen“ eines störungsfreien Luftkrieges will die NATO durch „robustere Einsätze“ begegnen. Aber solche robusteren Einsätze beinhalten die „Akzeptanz von möglichen höheren Risiken an eigenen Verlusten und zivilen Opfern durch die Verringerung der Präzision und Genauigkeit in einer beeinträchtigten Umgebung“, wie es auf der Internetseite des Kompetenzzentrums heißt. Insgesamt rechnet man mit einem „starken Anstieg an Kollateralschäden“, also mehr toten Zivilpersonen, Frauen und Kindern.

Nukleare Abrüstung?

Da insbesondere die deutsche Öffentlichkeit solchen Verbrechen ablehnend gegenübersteht, will die NATO durch „strategische Kommunikation“ die Menschen davon überzeugen, dass ein solches Vorgehen nötig und richtig ist. Der persönliche Referent des Bundestagsabgeordneten Volker Kauder, Christian Motzer, ist Spezialist für „Öffentlichkeitsarbeit“. In seinem Beitrag auf der Konferenz geht er darauf ein, dass die deutsche Bevölkerung nur schwerlich die

„steigende Anzahl von Opfern unter deutschem Personal“ akzeptieren werde. Möglicherweise liegt es an diesen Inhalten, dass die Öffentlichkeit über die Konferenz in Unwissen gehalten wird. Aber ist nicht unser Oberbürgermeister, Herr Thomas Kufen, ein „Bürgermeister für den Frieden“? Und hat er nicht noch am 6. August in seiner Rede in der Marktkirche zum Gedenken an Hiroshima die Wichtigkeit betont, „sich für die weltweite nukleare Abrüstung und ein friedliches Zusammenleben zu engagieren“? Aus alledem ergibt sich für die demokratischen Kräfte in Essen die Aufgabe, die Bevölkerung über die Kriegstreiberei in unserer Stadt aufzuklären. Die Ratsfraktion der Partei DIE LINKE kann ihre Möglichkeiten nutzen, den „Bürgermeister für den Frieden“ damit zu konfrontieren, ob dieser Titel mit den Inhalten einer solchen Konferenz vereinbar ist. Keine Beteiligung an den Kriegen der NATO! Für ein friedliches Zusammenleben aller Menschen in Europa und der ganzen Welt!

Der Kriegsvorbereitung entgegentreten

Rede von Patrick Münch zum Antikriegstag am 1. September

Am 1. September 1939 begann der Angriff der deutschen Armee auf Polen und damit der zweite Weltkrieg. Im Juni 1941 überfiel die deutsche Wehrmacht Russland und führte einen erbarmungslosen Vernichtungskrieg gegen das russische Volk, in dem Millionen Menschen ermordet wurden. Für uns Deutsche kann es deshalb aus der Geschichte nur eine Lehre geben: Nie wieder Krieg!



Patrick Münch ist Mitglied des Kreisverbands Essen. Er ist aktiv im Essener Friedensforum und im Rosa-Luxemburg-Club Essen.

Von deutschem Boden soll nie wieder Krieg ausgehen! So haben es die Mütter und Väter des Grundgesetzes unserer Verfassung eingeschrieben. Und so lautet auch das Friedensgebot des Völkerrechts: Als gute Nachbarn in Frieden miteinander zu leben! Und dennoch sind heute wieder Millionen Menschen auf der Flucht vor neuen Kriegen. Kriege, an denen wir aktiv beteiligt sind und die wir mit verursachen.

Im März 1999 begann die Bombardierung Jugoslawiens durch die NATO mit

Beteiligung der Bundeswehr. Mit diesem Kriegseinsatz verstieß die deutsche Regierung gegen das Grundgesetz und das Völkerrecht. Heute rüsten die Mitgliedsstaaten der NATO für die neuen Kriege. Und von deutschem Boden geht wieder Krieg aus.

Von Ramstein aus werden Luftwaffeneinsätze der USA und der NATO befehligt. Von Stuttgart aus werden Drohnenangriffe geführt; ein eindeutiger Verstoß gegen die Genfer Konventionen und das Verbot von gezielten Tötungen ohne jedes Gerichtsurteil. Völlig unschuldige Menschen, Frauen und Kinder, werden Opfer dieser feigen Terroranschläge. In Stuttgart sitzt auch das Kommando der amerikanischen Streitkräfte für Europa. Dort liegt die Verantwortung für die Atomwaffen in Büchel, und von dort aus werden die

Aktivitäten in der Ukraine mit gesteuert. Auf deutschem Boden befinden sich drei sogenannte Exzellenzzentren der NATO, in Ingolstadt, in Kiel und in Kalkar. In Kalkar sitzt das NATO-„Kompetenzzentrum für gemeinsame Luftoperationen“ in der dortigen Bundeswehrkaserne. Von dort aus werden die Auslandseinsätze der deutschen Luftwaffe geführt. In einer militärischen Studie der NATO mit dem Namen „Future Vector“ wird gefordert, im Hinblick auf Russland an einer Strategie der Abschreckung, basierend auf „einem angemessenen Mix nuklearer und konventioneller Potenziale“ festzuhalten und darüber hinaus die „aktuelle Politik der nuklearen Abschreckung nochmals zu bekräftigen“. Aber bereits die Drohung mit Atomwaffen ver-

stößt gegen das Völkerrecht! Wir dürfen nicht hinnehmen, dass wieder für einen neuen Krieg hochgerüstet wird! Schon der geplante Einsatz von Atomwaffen ist ein verbrecherischer Gedanke! Die Einkreisung Russlands durch die NATO ist eine Bedrohung für den Frieden in Europa und der ganzen Welt! Wir sagen Nein zur NATO, weil die NATO für den Krieg steht und wir den Frieden wollen! NATO raus aus Deutschland, Deutschland raus aus der NATO! Am 3. Oktober fahren wir deshalb gemeinsam nach Kalkar, um den Kriegsvorbereitungen entgegenzutreten. Im Anschluss demonstrieren wir hier in Essen gegen die kommende NATO-Konferenz in unserer Stadt. Gemeinsam stehen wir auf für ein friedliches Deutschland in einem friedlichen Europa, für ein friedliches Europa in einer friedlichen Welt!



Gedenkveranstaltung von DGB und Friedensforum zum Antikriegstag am 1. September Foto: Bernhard Trautvetter

Die Bundeswehr bei „Essen Original“

Antikriegstagsdemo nicht genehmigt

Neben der Gedenkveranstaltung zum Antikriegstag, die der DGB und das Essener Friedensforum gemeinsam veranstalteten, wollte die Friedensbewegung wie in jedem Jahr mit einer Kundgebung auf dem Willy-Brandt-Platz für den Frieden eintreten. Doch in diesem Jahr wurde die Kundgebung erstmals nicht genehmigt. Vorgeblicher Grund: die Aufbauarbeiten für „Essen Original“.

zählt“ ging die Bundeswehr in Essen auf Nachwuchs Jagd. Und auf Seite 38 des Programmheftes prangte eine – vermutlich gut bezahlte – ganzseitige Werbung für die Armee. Ein Schelm, wer Böses dabei denkt.

Bei diesem Stadtfest hatte dagegen die Bundeswehr mit ihrem Werbe-Truck einen großen Auftritt. Unter dem Spruch „Mach was wirklich

Das Essener Friedensforum bezeichnet es als „Skandal“, dass die Antikriegstagskundgebung nicht durchgeführt werden konnte, während die Bundeswehr ungestört und ohne Probleme für sich werben durfte. Erwartet wird eine Erklärung von den Verantwortlichen der Essen Marketing GmbH, die im Auftrag der Stadt das Stadtfest organisierte.

Ralf Fischer

Ausgehtipps

- Dienstag, 27. September, ab 15 Uhr**
Zeche Carl: Willkommensfest für Flüchtlinge, W.-Nieswandt-Allee 100
- Mittwoch, 28. September, 18.30 Uhr**
DIE LINKE. Essen: Treffen für Neumitglieder und solche, die es werden wollen, HR-Haus, Severinstraße 1
- Donnerstag, 29. September, 19 Uhr**
DIE LINKE. Essen-West: Kita-Plätze Mangelware?, Kontakte e.V., Frohnhauser Platz 1
- Freitag, 30. September, ab 16 Uhr**
Wissensnacht Ruhr: Orte jüdischer Geschichte entdecken, Haus der Technik, Hollestraße 1
- Freitag, 30. September, 19 Uhr**
DGB u.a.: Esther Bejarano – Erinnerungen, Lesung und Konzert, Aula des Burggymnasiums, Burgplatz 4, Anmeldung bei der VHS
- Montag, 3. Oktober, ab 12 Uhr**
Tag der offenen Moscheen
- Montag, 3. Oktober, ab 15 Uhr**
Friedensbewegung: Kein NATO-Kriegsrat, nirgendwo!, Willy-Brandt-Platz
- Donnerstag, 6. Oktober, 18.30 Uhr**
DIE LINKE. Essen: monatlicher Stammtisch, HR-Haus, Severinstraße 1
- Mittwoch, 26. Oktober, 18.30 Uhr**
DIE LINKE. Essen: Wohin steuert Europa?, HR-Haus, Severinstraße 1
- Mittwoch, 26. Oktober, 18.30 Uhr**
Essener Friedensforum: Fossile Energiequellen als Kriegsursache, VHS am Burgplatz
- Freitag, 28. Oktober, bis Sonntag, 30. Oktober**
linksjugend [solid] ruhr: Rote-Ruhr-Akademie, Heinz-Renner-Haus, Severinstraße 1
- Mittwoch, 2. November, 18 Uhr**
Pax Christi: Gewaltfreie Aktion, KEFB, Bernestraße 5
- Samstag/Sonntag, 5./6. November**
DIE LINKE. NRW: Landesparteitag in Essen, Zeche Zollverein, Halle 12
- Samstag, 12. November**
BUND: Demonstration zum Weltklimatag, Näheres wird noch bekannt gegeben
- Mittwoch, 16. November, 19 Uhr**
Essener Friedensforum: Sexualisierte Gewalt in bewaffneten Konflikten, VHS am Burgplatz
- Regelmäßige Treffen**
- jeden Montag, 17.30 Uhr**
DIE LINKE. im Rat: Fraktions-sitzung, HR-Haus, Severinstraße 1
- jeden Dienstag, 18.30 Uhr**
linksjugend [solid] ruhr: Basisgruppentreffen, HR-Haus, Severinstraße 1
- 1. und 3. DI im Monat, 10 Uhr**
Erwerbslosenfrühstück, Heinz-Renner-Haus, Severinstraße 1
- 2. und 4. DI im Monat, 18.30 Uhr**
DIE LINKE. Essen: AK Öffentlicher Nahverkehr, HR-Haus, Severinstraße 1
- 2. Mittwoch im Monat, 18.00 Uhr**
Protestaktion gegen „Essen gegen Politikwahn“, Treffpunkt: HR-Haus, Severinstraße 1
- 3. Donnerstag im Monat, 19 Uhr**
Rosa-Luxemburg-Club Essen: Monatstreffen bei ProAsyl, Friedrich-Ebert-Str. 30



Die Grenzgänger, Und weil der Mensch ein Mensch ist, CD im Handel 15,99 Euro oder zum Download.

Musikkritik

Das größte Verbrechen ist das Vergessen

Die Bremer Band „Die Grenzgänger“ versucht, mit ihrem sechsten Album „Und weil der Mensch ein Mensch ist“ dem Vergessen einen Riegel vorzuschieben.

Mit Liedern aus den Gefängnissen und Konzentrationslagern der faschistischen Diktatur Deutschlands halten sie die Flamme der Erinnerung wach – mit tollen Arrangements lassen sie den Widerstand gegen den Nationalsozialismus aufleben. Nach ihrem vorherigen Album „Maikäfer“ mit Liedern aus dem ersten Weltkrieg ist dies ein weiterer Beitrag zur Erinnerungskultur. Vor 70 Jahren wurden die Konzentrationslager der Nazis durch die Alliierten befreit. Doch heute will sich kaum noch jemand in diesem Land mit der dunklen Geschichte Deutschlands auseinandersetzen. Laut Bertelsmann-Stiftung wollen 81 Prozent der Deutschen nichts mit dem NS zu tun haben, sondern „nur vergessen“, es hinter „sich lassen“. Doch diese Sehnsucht nach Vergessen ist gefährlich, denn: „Wer sich nicht an die Vergangenheit erinnern

kann, ist dazu verdammt, sie zu wiederholen.“ (George Santanya, Philosoph und Schriftsteller 1863-1952) 14 Songs hat die Band um den in Duisburg geborenen Liedermacher Michael Zachial neu arrangiert und vor dem Vergessen gerettet. Zwischen Hoffnung und Hoffnungslosigkeit schickt das Album Hörerinnen und Hörer auf eine Gefühlsreise voller Gänsehaut und nachdenklichen Momenten. Diese Lieder aus einer der dunkelsten Epochen der Menschheit dürfen und sollten nie vergessen werden. Die Auschwitz-Überlebende und Sängerin Esther Bejarano brachte es gegenüber der Verdi-Zeitung Publik auf den Punkt: „Was passiert ist, darf nie vergessen werden. Zeitzeugen werde es nicht mehr lange geben.“ Deshalb gehe sie an Schulen, erzähle ihre Geschichte. Immer wieder. „Damit ihr wisst, was geschah und das weitertragt“, sagt die 90-Jährige. Darum ist das Album der Bremer Band ein Beitrag zum Vermächtnis des Widerstands und der Opfer, gegen das Vergessen.

Daniel Kerekes

Auf Zeche Carl

365 Tage im Jahr Kultur

Von Heike Kretschmer

Auf dem elf Hektar großen Gelände der Zeche Carl ist immer was los. Dafür sorgen das Soziokulturelle Zentrum Zeche Carl und das Team vom Maschinenhaus Essen. Beide Einrichtungen haben ihr eigenes Profil.

Im soziokulturellen Zentrum gibt es vielseitige Kultur- und Unterhaltungsprogramme. Szenestars sind hier ebenso willkommen wie Nachwuchstalente. Kreativkurse und Workshops finden zahlreiche Interessierte unterschiedlichen Alters im Stadtteil. Mit dem Maschinenhaus nebenan ist ein besonderer Ort der Förderung der freien Essener Kunstszene entstanden. Durch das Residenz- und Stipendiatenprogramm ist es möglich, dass einzelne Künstlerinnen und Künstler oder Gruppen Zeit, Raum und vielfältige Unterstützung erhalten, um ihre Projekte, ihre Idee auf den Weg zu bringen und umzusetzen. So manche Theater-, Tanz- und Musikproduktion, die hier in den letzten Jahren entstand, wurde weit über Essen hinaus bekannt, erhielt Preise und Auszeichnungen.

Mit viel ehrenamtlicher Unterstützung und persönlichem Engagement entstanden zwei Einrichtungen, die gemeinsam einen Ort für Begegnungen, des Austausches mit Kunst und Kultur, für Experimente und neue Ideen geschaffen haben. Dann ist ja alles in Butter könnte man meinen. Bei einem Blick hinter die Kulissen zeigen sich die Schwierigkeiten, denen sich beide Einrichtungen und ihre Träger stellen, um den täglichen Betrieb, die Umsetzung der Projekte zu ermöglichen.

Anlass für die Fraktion DIE LINKE, bei einem Vor-Ort-

Besuch mit Kornelia Vossebein von der Zeche Carl und Fabian Sattler vom Maschinenhaus ins Gespräch zu kommen, was man tun kann, um die Arbeit der Einrichtungen zu unterstützen, wie man ihre Ideen zur Nutzung des Geländes an der Wilhelm-Nieswandt-Allee 100 voran bringen kann.

Zwei Themen bestimmten dabei das Gespräch. Zum einen der haltlose Zustand, dass die Zeche Carl seit mehr als fünf Jahren mit der Immobilienverwaltung über den Pachtvertrag und mit der Kulturverwaltung über den Finanzierungsvertrag verhandelt. Da springt der Ball immer wieder zwischen den Ämtern hin und her – ohne dass er im Tor landet und



Die Autorin vertritt DIE LINKE im Kulturausschuss der Stadt Essen

ländes voranzubringen. Erste Ansätze dafür, wie man den Prozess anstoßen kann, wenn man alles mit ins Boot holen sollte, hatten sie bereits. Dabei geht es nicht nur um Schönheitskorrekturen, sondern um ein Konzept, wie man das Gelände für unterschiedliche Nutzungen ausbauen kann. Mit der Neuregelung der Wegebeziehungen, der Ausweisung von Flächen für einen Gemeinschaftsgarten und der Sicherung der Grubenschreinerie könnte begonnen werden.

Damit dies nicht Stückwerk bleibt, wäre es sinnvoll in einer Art Masterplan „Geländeentwicklung Zeche Carl“ zu beschreiben, wie man das Gelände aus dem Dornröschenschlaf weckt. Dafür be-



Es wäre sinnvoll, in einer Art Masterplan „Geländeentwicklung Zeche Carl“ zu beschreiben
Foto: Frank Vinken/Zeche Carl

die Zeche Carl endlich Planungssicherheit bekommt. Wir wollten wissen, welche Konditionen aus Sicht des soziokulturellen Zentrums für den Abschluss der Verträge wichtig sind, damit die Zeche Carl sagen kann: „Ja, unter diesen Bedingungen können wir arbeiten, ist die Betreuung langfristig gesichert.“

Zum anderen sprachen wir über die Möglichkeiten, die weiteren Gebäude auf dem Gelände, wie etwa die Grubenschreinerie, bautechnisch zu sichern und für Projekte nutzbar zu machen. Darüber hinaus tauschten wir uns über die Neugestaltung des Außengeländes aus. Schnell wurde klar, dass beide Häuser ein großes Interesse daran haben, die Gestaltung des Gesamtge-

darf es zuletzt einer Politik, die mit dafür sorgt, dass die für die Umsetzung nötigen Finanzen bereitgestellt werden. In den kommenden Sitzungen des Bau- und Verkehrsausschusses und des Kulturausschusses stehen nun endlich die Beratungen und Entscheidungen über den Pacht- und den Zuwendungsvertrag an, die hoffentlich zu klaren Vertragsverhältnissen zugunsten der Arbeit des soziokulturellen Zentrums Zeche Carl führen.

So könnte auch für Altenessen das möglich sein, was man schrittweise für das Gelände von Zollverein diskutiert und umsetzt. Die Fraktion DIE LINKE wird den Austausch mit den beiden Häusern darüber und zu anderen Themen ihrer Arbeit fortsetzen.

Linksaktiv.de

Ich mache aktiv im Wahlkampf mit!

Ja, ich möchte mit der LINKEN im Wahlkampf aktiv werden und meine Ideen, mein Engagement und mein Wissen einbringen. Bitte haltet mich über die weiteren Pläne auf dem Laufenden und informiert mich über konkrete Wahlkampfaktivitäten!

Basisdaten

Ich bin weiblich männlich anderes

Name, Vorname

E-Mailadresse

Geburtsdatum

Telefon

Mobiltelefon

Straße

PLZ. / Ort

Im Wahlkampf möchte ich ...

(mehrfaches Ankreuzen möglich)

- bei Infoständen mitmachen.
- beim Plakate aufhängen helfen.
- Material in Briefkästen verteilen.
- Flugblätter/Zeitungen vor Betrieben, Schulen verteilen.
- bei Hausbesuchen (persönliche Ansprache) mitmachen.

Bitte ausschneiden und einsenden an: Redaktion „Essener Morgen“, Heinz-Renner-Haus, Severinstr. 1, 45127 Essen

Cannabis als Medikament

Chance für Patientinnen und Patienten

Von Jimmy Bulanik

Seit vielen Jahren wird auf mehreren Kontinenten Cannabis für medizinische Zwecke erforscht. Seitdem gibt es basierend auf das Hauptalkaloid, Delta-9-Tetrahydrocannabinol, auch bekannt als THC basierende Arzneimittel.

Dronabinol ist solch eine Medizin. Diese verschafft Patient*innen mit Diagnosen wie Karzinom, HIV oder chronischer Übelkeit medizinisch-wissenschaftlich evidente Linderung. Nun kann die Substanz Cannabidiol (CBD) eine Weiterentwicklung für Patienten darstellen.

Deren pharmakologische Effekte wirken auf den menschlichen Körper gegen Übelkeit, entzündungshemmend und entkrampfend. Weitere Wirkungen des Cannabidiol wie antipsychotisch und antidepressiv werden erforscht. Dabei ist das Cannabidiol



nicht oder nur schwach psychoaktiv. Ein global harmonisiertes System zur Einstufung und Kennzeichnung von Chemikalien (GHS) listet Cannabidiol nicht als Gefahrstoff auf. Demnach ist die Substanz ungefährlich. Die Pharmaindustrie in der Bundesrepublik Deutschland sollte ein Interesse an der Legalisierung von Cannabis haben. Dies ist notwendig zwecks Grundlagenforschung, Forschung für die Patient*innen. Daraus entstehen Patente für alternative

Medizin. Diese auf Cannabis basierenden Medizinprodukte können in der Praxis sehr günstig hergestellt werden. Ein egalitärer Zugang zu dieser fortschrittlichen Medizin ist möglich. Auswärtige Volkswirtschaften betreiben bereits Forschungen um diese Patente, um sie so früh als möglich anzumelden.

Insgesamt ist dies für Patient*innen, vor allem ältere Menschen, eine Hoffnung auf schonende Wirkung. Das Zurückgewinnen von Vitalität und Lebensqualität macht sich

dadurch bemerkbar, dass der Appetit besser wird, die betroffenen Senior*innen durch gelockertere Hände besser greifen, malen und schreiben können. Dies geht gut einher mit dem Grundgesetz Artikel 1, welcher die Würde des Menschen verbietet.

ELA und die Folgen

Ein Wald für die Bürgerinnen und Bürger

Von Harald Gimborn

Seit geraumer Zeit gibt es in Essen eine öffentliche Diskussion zwischen Waldinitiativen, Umweltverbänden und der Stadtverwaltung über die Zukunft des Essener Waldes.

Mitauflöser für die Diskussion waren die Folgen des Pfingststurmes „ELA“ in 2014. Im Auftrag des damaligen Eigenbetriebes Grün und Gruga hatte man zwei Waldworkshop initiiert, in denen „ausgesuchte“ Bürgerinnen und Bürger zu den Wunschfunktionen des Essener Waldes befragt wurden. Im Abschlussbericht von 2015 werden die wesentlichen Fakten dargestellt und die Ergebnisse der Bürgerworkshops zusammengefasst.

Frei interpretiert wünschen sich die Essener Bürger*innen, aber auch die Verwaltung der Stadt Essen



Illustration: Saskia Strötgen



Harald Gimborn ist stellvertretender sachkundiger Bürger für DIE LINKE im Planungs- und Umweltausschuss.

einen klima-elastischen Erholungs-/Dauerwald mit hohem Mischwaldanteil, bei gleichzeitiger forstwirtschaftlicher und ökologischer Nachhaltigkeit. 10 Prozent des Essener Waldes soll als naturbelassene Prozesswaldfläche autonom wachsen dürfen. Die restlichen 90 Prozent sollen vor allen Dingen verkehrssicher sein, einen hohen Freizeitwert besitzen und nachhaltig be-

wirtschaftet werden. Ein Anspruch, der sich bei rund 800 heterogenen Einzelwald- oder Baumflächen in Essen nur schwer umsetzen lässt. Da beißt sich schon mal der Anspruch eines naturbelassenen Prozesswaldes mit den unterschiedlichen Freizeitvorstellungen der Essener*innen.

Die Ergebnisse der Workshops sind eine Grundlage für die zukünftige Waldbewirtschaftung. Es bleibt zu hoffen, dass die Bürgerinnen und Bürger noch genügend Gelegenheit bekommen, die Zukunft des Waldes mitbestimmen zu können.

Kray

Gesundheit geht vor Gewinn!

Von Hans-Jürgen Zierus

Noch immer gefährden hohe PCB-Werte im Umfeld der Schredderfabrik Richter, die zu einem niederländischen Konzern gehört, die Bevölkerung im Krayen Norden.

Die Firma kauft internationalen Schrott, zerkleinert ihn an zwei Standorten und sortiert insbesondere das hohe Gewinn erzielende Kupfer aus alten Elektromotoren heraus. Eine Bürgerinitiative kämpft seit vielen Jahren für eine Verlagerung des Betriebes aus dem Krayen Wohngebiet. Bislang erfolglos, weil der Nachweis, dass die Belastung durch das Umweltgift PCB vom Betrieb der Fa. Richter herrührt, noch nicht 100prozentig gelungen ist.

Doch die „Luft“ für die Firma Richter wird dünner. Nachdem vor zwei Jahren an den Messstellen die PCB-Belastung rund um den Schredderbetrieb dramatisch anstieg, riet das Essener Gesundheitsamt davon ab, großblättriges Gemüse aus dem eigenen Garten zu verzehren, weil das Umweltgift PCB sich darin anreichert. Es folgten zwei Bürgerversammlungen, auf denen über die Messwerte und die Handlungsmöglichkeiten von Stadt und Bezirksregierung als Aufsichtsbehörde berichtet wurde. Der Brennpunkt beschäftigt regelmäßig den Umweltausschuss und führt jetzt noch einmal zu einer Frageinitiative in der Bezirksvertretung Steele/Kray von SPD, Grünen und DIE LINKE. LKW-Anlieferverkehr, Schredder-

reste, Sonderabfälle und Arbeitszeiten sollen stärker kontrolliert werden. Die Filtertechnik muss auf den neuesten Stand gebracht werden. Die Bezirksregierung in Düsseldorf ist in der Pflicht als Gewerbeaufsicht, nicht die Gewinninteressen der Firma zu schützen, sondern den Schutz der Bevölkerung vor Lärm und Vergiftung auf Raten zu gewährleisten! Wenn eine Verlagerung des Betriebes an den hohen Millionen-schmerzen scheitert und ein Verbot der Verwertung von PCB-haltigem Abfall nicht durchsetzbar ist, dann muss der Schredderbetrieb eingestaut werden.

Hans-Jürgen Zierus vertritt DIE LINKE in der Bezirksvertretung Steele/Kray.

Frohnhausen

Aus zwei mach eins – aber bitte nicht so!

Von Heike Kretschmer

Da grenzen an der Berliner Straße in Frohnhausen zwei Grundschulen mit unterschiedlichen pädagogischen Konzepten direkt aneinander. Einzige Gemeinsamkeit seit Jahr und Tag – die Nutzung der Turnhalle. Nun soll die Berliner Schule Teilstandort der Cosmas und Damian-Schule werden.

Ende September soll der Rat beschließen, dass die beiden Grundschulen zum 1. August 2017 unter Beibehaltung der unterschiedlichen Schularten einen Grundschulverbund bilden. So könne man die Schwankungen in den Klassenfrequenzen und die damit verbundenen Probleme in der Lehrerversorgung besser auffangen. Wie die beschriebenen Vorteile im Interesse der 350 Kinder, der dort tätigen Lehrkräfte, Betreuer*innen und der Familien

konkret aussehen, bleibt die Vorlage schuldig. Allein eins scheint festzustehen: Man spart eine Schulleiterstelle ein.

So nicht! Diese Auffassung vertritt nicht nur die Schulpflegschaft der Berliner Grundschule, die sich einstimmig gegen eine Angliederung ausgesprochen hat, sondern auch DIE LINKE. Ziel der Zusammenlegung sollte die Bildung einer gemeinsamen Grundschule sein. Dazu ist im Vorfeld ein Austausch zwischen den Lehrkräften, den Schulpflegschaften, den Trägern des Offenen Ganztags und der Verwaltung über die zukünftigen Konzepte der Arbeit notwendig. Gemeinsam kann man klären, wie die Erfolge des inklusiven Ansatzes der Berliner Schule ausgebaut werden können oder wie man zukünftig Räume und Freiflächen nutzt. Diskutiert werden sollten auch die Möglichkeiten zum Ausbau des Offenen Ganztags. Nicht zuletzt sollten die Kinder gefragt

werden, wie sie sich ihre gemeinsame neue Schule vorstellen. Wenn alle Beteiligten eine klare Vorstellung darüber haben, was es braucht, um beide Schulen zusammenwachsen zu lassen, kann der formale Beschluss des Rates folgen.

Damit dieser Prozess in Gang kommt, will DIE LINKE erreichen, dass die Zusammenlegung frühestens zum 1. August 2018 auf der Grundlage eines gemeinsamen Konzeptes erfolgt. Ob die neue Schule eine Gemeinschaftsschule wird, sollten die Eltern auf einer Elternversammlung entscheiden. Erst auf diesem Wege wird aus zwei wirklich eins! Nur so kann es gelingen, allen Kindern in der neuen gemeinsamen Schule an der Berliner Straße bessere Entwicklungschancen zu bieten. **Heike Kretschmer ist Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE in der Bezirksvertretung Essen-West.**

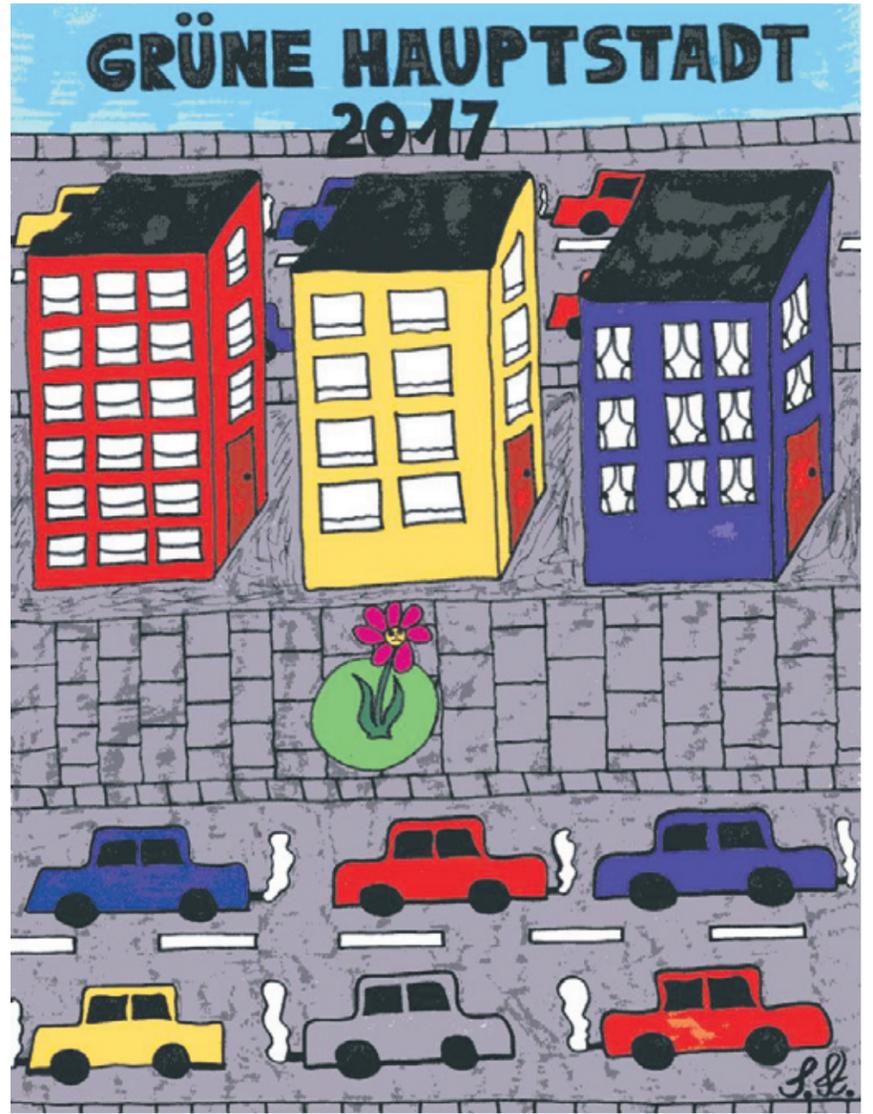


Illustration: Saskia Strötgen

Grüne Hauptstadt

Mehr als nur ein Imageprojekt?

DIE LINKE. Stadtteilgruppe Essen-West hatte am 9. Juni 2016 in das Mehrgenerationenhaus an der Kerckhoffstraße zu einer Diskussion über die „Grüne Hauptstadt Europas 2017“ eingeladen. Als Gastrednerin erläuterte die Essener Baudezernentin Simone Raskob im authentischen Grünen Outfit den fast 30 Gästen die wesentlichen Inhalte der Bewerbung und stellte sich kritischen Fragen.

Vom Anspruch einer „Grünen Hauptstadt Europas“ ist Essen insbesondere in den Themen Mobilität, Energie und Umwelt noch Welten entfernt. Vorzeigeprojekte wie der Niederfeldsee in Altendorf oder die Neugestaltung des Kruppürtels und der Emscher-Umbau reichen da nicht aus. An diesem Abend ging es vor allem um konkrete Problemstellungen,

etwa die Wirkung der Bewerbung auf die Gestaltung von Stadtquartieren und die Parks in Frohnhausen oder die Unterstützung für die Initiativen „Urban Gardening“ im Essener Westen. Vor allem der Verkehr stand in der Debatte. Wie kann sich der Anteil des Radverkehrs und des öffentlichen Nahverkehrs gegenüber dem motorisierten Verkehr steigern? Wie viele Radfahrspuren werden neu eingerichtet? Wie verträglich ist das mit der neu aufzustellenden Nahverkehrsplanung, in der es auch ein Szenario gibt, in dem Angebote eingeschränkt werden sollen? Warum kann Essen keine Busspuren anbieten? Die Palette an Fragen aus dem Publikum machte deutlich, dass die Bürgerinnen und Bürger die „Grüne Hauptstadt“ ernst nehmen und konkrete Ergebnisse für lebenswerte Stadtquartiere erwarten. Kritik gab es vor allem an

der unzureichenden Einbindung des bürgerschaftlichen Engagements von Vereinen wie dem Stadtgartenverband oder den zahlreichen Kleingärtnervereinen im Bezirk. Die Essener Bürgerinnen und Bürger wollen mitbestimmen und mitgestalten. Frau Raskob nahm die eine oder andere Anregung für die Arbeit des Projektbüros mit, konnte manche Frage allerdings nur mit Vorbehalt beantworten. Leider unterliegt unsere Baudezernentin auch den Sachzwängen einer wenig innovativen, aber allmächtigen großen Koalition. Dem Anspruch einer „Grünen Hauptstadt Europas“ kann die Stadt Essen nur gerecht werden, wenn die politischen Verantwortlichen wichtige Weichenstellungen nicht nur nach Haushaltslage vornehmen. So bleibt zu hoffen, dass die „Grüne Hauptstadt Europas“ nicht nur ein teures Imageprojekt wird.

Harald Gimborn

Kita-Plätze im Essener Westen Mangelware?

DIE LINKE. Essen-West lädt Sie als Eltern, Träger von Kindertagesstätten oder Einrichtungen der Kindertagespflege sowie interessierte Bürgerinnen und Bürger zu einem Austausch über die Betreuungssituation in den Kindertagesstätten ein:

Donnerstag, der 29. September 2016, 19 Uhr

Kontakt- und Beratungst. des Vereins Essener Kontakte e.V, Frohnhauser Pl. 1

Ende 2015 lebten in unserem Bezirk 5.000 Kinder im Alter bis zu fünf Jahren. Doch Kita-Plätze sind trotz Rechtsanspruch immer noch Mangelware. Was plant die Stadt, um diese Versorgungsunterschiede zwischen den Stadtteilen zu beseitigen? Wie kann man den Ansprüchen der Familien und der Erzieher*innen an die Betreuung besser gerecht werden? Was brauchen die Einrichtungen, um ihre unterschiedlichen pädagogischen Konzepte besser umsetzen zu können?

Es diskutieren:

- Angela Görtz, Leiterin der KiTa Murmel, Hamburger Straße,
- Jürgen Schroer, Leiter des Kinder- und Familienbüros der Stadt Essen und
- Ezgi Güyildar, Vertreterin der Ratsfraktion DIE LINKE im Jugendhilfeausschuss

Sie haben die Gelegenheit, Ihre Vorstellungen über die zukünftige Entwicklung der Kinderbetreuung in unserem Bezirk einzubringen. Wir freuen uns auf Sie!

